



Kompetenz und
Innovationskraft im
Wertpapierhandel



SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

GESCHÄFTSBERICHT 2010

>> SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG AUF EINEN BLICK

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

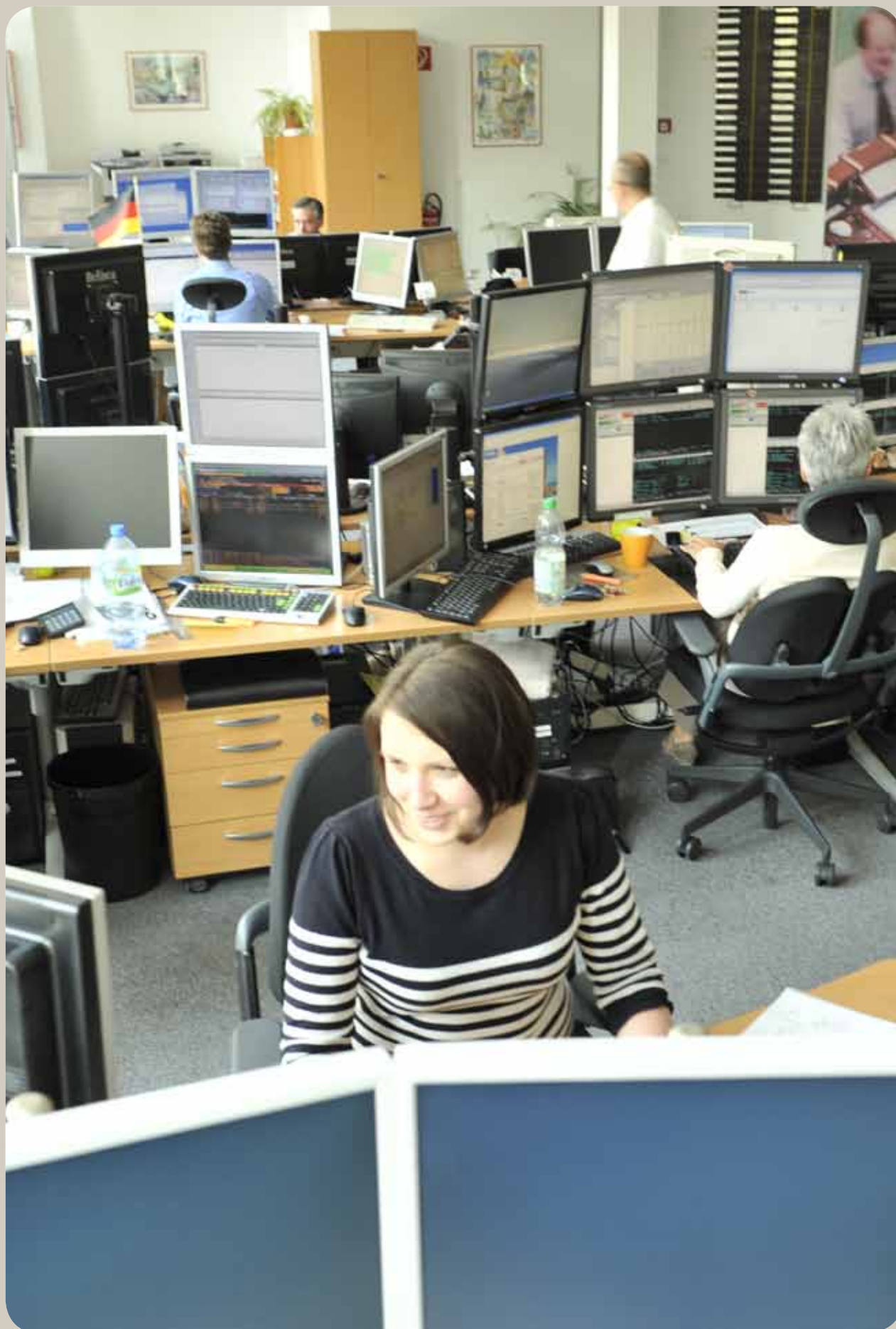
Geschäftsjahr		2010	2009	2008
Bilanzsumme	TEuro	14.168	10.091	18.153
Grundkapital zum 31.12.	TEuro	2.802	2.802	2.802
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	398	478	-201
Jahresüberschuss	TEuro	266	503	-201
Jahresüberschuss pro Aktie	Euro	0,09	0,18	-0,07
Dividende pro Aktie	Euro	0,10	0,20	0
Ausschüttung	TEuro	280	560	0
EBIT	TEuro	428	544	-200
EBITDA*	TEuro	2.231	1.553	57
Eigenmittel nach § 10 KWG	TEuro	6.990	5.352	4.403
Mitarbeiterzahl am 31.12.		28	27	30

* enthält die Zuführung nach §340 HGB in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ in 2009 und 2010



>> INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES VORSTANDES	5
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr	9
Geschäftsverlauf und -lage	9
Bilanz- und Ergebnisentwicklung	9
Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen	10
Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Prozess der Rechnungslegung	11
Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	11
Risikostrategie	12
Darstellung Gesamtrisikoprofil	12
Adressenausfallrisiken	12
Marktpreisrisiken	13
Liquiditätsrisiken	13
Operationelle Risiken	14
Wesentlichkeitsanalyse	14
Risikokonzentration und -korrelation	15
Risikotragfähigkeitskonzept	15
Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen	17
Aktienrechtliche Angaben	18
Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder	18
Erklärung über die Unternehmensführung	18
Angaben zur Kapitalstruktur – Übernahmerelevante Informationen	18
Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres	19
Ausblick	19
Schlusserklärung des Abhängigkeitsberichtes	21
JAHRESABSCHLUSS	23
Bilanz zum 31. Dezember 2010	24
Gewinn- und Verlustrechnung 2010	26
Anhang	28
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	36
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	37
Erklärung zur Unternehmensführung	37
Aktionäre und Hauptversammlung	38
Zusammenwirken und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat	38
Transparenz	39
Vergütungsbericht	39
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	41
INVESTOR RELATIONS	42



>> VORWORT DES VORSTANDS

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

es ist doch immer wieder erstaunlich, wie schnell sich die Börsen auch an unangenehme Realitäten gewöhnen bzw. diese ausblenden und wieder zur Tagesordnung übergehen.

War noch Ende 2009 nicht klar, ob sich die Finanzkrise in einer Form fortsetzen würde, die nachhaltige negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Börsen haben könnte, so kehrte im Laufe des Jahres 2010 langsam wieder Zuversicht an die Märkte zurück. Auch wenn zunächst viele noch nicht den Mut hatten, Aktien zu erwerben, so kamen diese zögerlichen Anleger im Laufe des Jahres mit jeder steigenden Notierung unter Zugzwang, doch noch investieren zu müssen. „Mit Angst nach oben“ – solche Aufwärtsbewegungen, an die nicht jeder Marktteilnehmer glaubt, haben sich seit jeher als tragfähige und meist nachhaltige Entwicklungen erwiesen.

Dabei ließ sich der Markt auch nicht durch zwischenzeitliche negative Belastungsfaktoren - wie Schuldenkrise vieler europäischer Länder, Ängste um einen Zusammenbruch des Euro-Stabilitätspakts oder aber auch Inflationssorgen mit Rekord-Edelmetallpreisen - aus dem Konzept bringen.

Dass das Ergebnis unserer Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht nur gut sondern auch besser als im Jahr 2009 ausfiel, ist unter anderem auch der Tatsache geschuldet, dass unsere Mitarbeiter bei der Positionsführung wieder mit viel Geschick und Erfolg agiert haben. Gleichzeitig hat die Gesellschaft die Stabsstrukturen weiterhin schlank halten können. Daher möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bei unseren Kolleginnen und Kollegen für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr bedanken. Es ist den Mitarbeitern wie schon im vorigen Jahr gelungen, bei unsicheren Rahmenbedingungen die sich bietenden Chancen zu nutzen, so dass wir uns nicht nur in der Lage sehen, die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft durch Einstellung eines Betrages von 1,34 Millionen Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken zu stärken, der aufsichtsrechtliches Eigenkapital ist, sondern auch eine Dividende in Höhe von 0,10 Euro je Aktie ausschütten zu können.

Die Stärkung der Eigenkapitalbasis ist für alle Finanzinstitute und auch für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG unerlässlich! Einerseits erfordern erhöhte gesetzliche Vorschriften als Folge der Bankenkrise eine bessere Kapitalausstattung, andererseits stehen einschneidende Änderungen in der bisherigen Systematik der Wertpapierabwicklung für Maklerhäuser wie die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG an.

So fällt mit dem Start des Spezialistenmodells an der Börse Frankfurt auch die Möglichkeit weg, liquiditätsschonend Positionen über die börsliche Aufgabe zu nutzen. Zu den ersten Auswirkungen des am 23. Mai startenden Spezialistenmodells können wir Sie sicherlich schon auf unserer Hauptversammlung im Juni informieren, zu der wir Sie an dieser Stelle recht herzlich einladen wollen.

Die ersten vier Monate des Jahres geben Anlass zur Hoffnung, dass wir bei sich nicht verschlechternden Rahmenbedingungen für Sie, sehr verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, wieder ein erfreuliches Ergebnis erwirtschaften zu können.

Düsseldorf, im Mai 2011



Florian Weber



Martin Liedtke

>> DIE GESELLSCHAFT

SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Vorstand

Florian Weber, Vorsitzender (CEO)
Martin Liedtke (CFO, COO)

Aufsichtsrat

Günther P. Skrzypek, Vorstand, Richmond/Surrey/GB,
Vorsitzender
Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, Königstein, stv. Vorsitzender
Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf (gerichtlich
bestellt am 11.12.2009 zum 1.1.2010 bis zum Ablauf der
Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2009, in Hauptver-
sammlung 2010 gewählt bis zum Ablauf der Hauptversamm-
lung für das Geschäftsjahr 2012)

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Deutsche Börse AG, Frankfurt
Börse Berlin
Börse Düsseldorf
Börse Hamburg
Börse Stuttgart
Börsensystem Xetra® / Eurex®
Börse Wien

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassungen

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

>> AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten: (Stand April 2011)

Inhaber Stammaktien

Börsenkürzel SHB3, WKN AOEKK2, ISIN DE000A0EKK20
Anzahl Aktien 2.801.785 im rechnerischen Wert von je EUR 1,00.

Aktionärsstruktur

AUGUR Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG	90,36%
Streubesitz	9,64%

Die SCHNIGGE Aktie führt ein von der allgemeinen Börsenlage im Wesentlichen unabhängiges Eigenleben. Ursache hierfür ist die Aktionärsstruktur, bei der die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG den mit 90,36% wesentlichen Eigentümer darstellt. Nach einem Handelsstart auf Vorjahresniveau bei 4,50 Euro je Aktie führten kleinere Verkäufe zunächst zu Kursrückgängen bis 3,50 Euro je Aktie im ersten Quartal 2010. Mit verbesserter Börsenkonjunktur und zwischenzeitlicher Dividendenzahlung im Juni 2010 stieg der Kurs in der Folge bis auf 5,00 Euro an, der Jahreschlusskurs lag verglichen zum Vorjahr wieder unverändert bei 4,50 Euro. Insgesamt blieben die Umsätze auf Grund der beschriebenen Aktionärsstruktur gering und teilweise zufallsbedingt.



>> UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Das Kerngeschäft der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank liegt im Bereich des Wertpapierhandels, insbesondere in der Skontroführung. Um die bestehende und geforderte Infrastruktur einer börsennotierten unter Aufsicht der BaFin stehenden Wertpapierhandelsbank noch rentabler ausnutzen zu können (Skaleneffekte), bleibt der maßvolle Ausbau der Handelsbereiche sowie der Aufbau weiterer Geschäftsfelder auch weiterhin ein vordringliches Ziel unseres Unternehmens.

Die Stabilisierung und die Erweiterung der Ertragsbasis sowie hieraus resultierend die mittelfristige Stärkung der Rücklagen bzw. des haftenden Eigenkapitals und der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns.

Ein Wachstum um bzw. zu jedem Preis erscheint auch im Rahmen der bereits stattfindenden Konsolidierung in der Branche der Banken / Finanzdienstleister nicht sinnvoll und gefährdet das mittelfristige Ziel der Kapitalstärkung und Bestandssicherung.

Die Gesellschaft prüft kontinuierlich, ob und inwieweit bisher ausschließlich im Inland erbrachte Dienstleistungen auch in anderen europäischen Ländern ertragreich anzubieten sind.

HANDEL

Der Handel in Wertpapieren – Aktien / Fonds / Renten / Genussrechte - ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA / Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter versuchen über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X als Konkurrenz zum XETRA-System der Deutsche Börse AG Umsätze - insbesondere in den liquiden großen Werten - zu generieren. Der im November 2009 mitgeteilte mehrheitliche gesellschaftsrechtliche Einstieg der Deutsche Börse AG bei einem unserer Wettbewerber, der Tradegate Exchange GmbH, sowie mit einem Anteil von 5% an der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank von der Berliner Effktengesellschaft AG ist bemerkenswert. Ziel sei der weitere europäische Ausbau von Tradegate als Retailbörse. Die nachhaltige Entwicklung dieser Zusammenarbeit und evtl. Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche sind derzeit noch nicht abschließend einzuschätzen. Allerdings ist bereits kurzfristig festzustellen, dass es Tradegate durch alternative Gebührenmodelle geschafft hat, bei einigen Banken den ersten Rang in der Best-Ex-Policy zu erreichen. Damit werden weisungslos erteilte Kundenorders automatisch zu Tradegate geroutet. Der bis Februar 2011 das Best-Ex Ranking anführende Börsenplatz Düsseldorf, an dem SCHNIGGE der maßgebliche Skontroführer in Aktienwerten ist, hat daraufhin ca. 50% seiner Orderzahlen verloren.

Der Börsenrat beschloss unter Mitwirkung aller Skontroführer in Frankfurt ab Mai 2011 die Abschaffung des Präsenzhandels. An die Stelle des bisherigen Skontroführers tritt ab diesem Zeitpunkt die Funktion eines Spezialisten. Die ertragswirksamen

Auswirkungen im operativen Geschäft gegenüber der durch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bisher ausgeübten Tätigkeit als Skontroführer bleiben abzuwarten. Mit der Veränderung erfolgt rechtlich der Wechsel in das Privatrecht der Deutsche Börse AG. Mit Wegfall des öffentlichen Rechts hat die Börse den Teilnehmern die Möglichkeit eingeräumt, Skontren eines Maklers im ganzen oder Teilen zu einem handelbaren Wirtschaftsgut zu machen. Damit können betreute Werte zukünftig – einzeln oder gesamt - verkauft oder weitere hinzugekauft werden. Die Zuteilung der Skontren erfolgte unbefristet mit einem Kündigungsrecht der Deutsche Börse AG.

Die Skontroführung im Bereich des Fondshandels konnte in Frankfurt bisher nicht - über den bereits diesbezüglich seit Jahren bestehenden operativ erfolgreichen Tätigkeitsfeldern in Düsseldorf und Hamburg – ausgebaut werden. Dies bleibt bei vertretbaren Erwerbskosten auch weiterhin ein erklärtes Ziel unseres Unternehmens.

Im Eigenhandel wird bei nur kurzer Haltedauer versucht, Gewinne zu erzielen. Das Eingehen strategischer langfristiger Positionen ist derzeit nicht geplant. Die Liquidität einer Aktie und damit die Möglichkeit der Gattstellung bei negativer Entwicklung spielt bei Eingehen einer Position eine wesentliche Rolle.

Die bestehenden Geschäftsfelder mit den institutionellen Kunden / Sales und Brokerage wie auch im Designated Sponsoring wollen wir beibehalten und bei verbesserten Märkten bzw. insbesondere bei sich ergebenden personellen Opportunitäten stabilisieren und ausbauen.

CORPORATE FINANCE

Der Bereich Corporate Finance wird sich unverändert auf die Beratung bzgl. Finanzierungsstrategien bzw. -instrumenten für kleine und mittelgroße Unternehmen konzentrieren. Dies auch vor dem Hintergrund des eigenen Leistungsangebotes beim Listing unterschiedlicher Wertpapiere. Im Geschäftsjahr 2010 konnten bereits einige begleitete Transaktionen der Kapitalbeschaffung durch mittelständische Unternehmen erfolgreich umgesetzt werden.

Zur Darstellung dieses komplexen Dienstleistungsumfangs werden wir aus Kostengründen die entsprechende Wertschöpfungskette durch Mitarbeiterkapazitäten nicht vollumfänglich selbst aufbauen, sondern teilweise auf entsprechende Outsourcing - Angebote zurückgreifen.

FINANZPORTFOLIOVERWALTUNG

Den Bereich Finanzportfolioverwaltung wollen wir auf Grund von Synergien mit unserem Kerngeschäft „Handel“ sowie sich bietender Cross-Selling Möglichkeiten mit Bestandskunden mit-

telfristig aufbauen. Die vorhandene Lizenz gibt uns hierfür den aufsichtsrechtlich erforderlichen Rahmen.

Auch beim Aufbau des Service-Angebotes im Bereich Finanzportfolioverwaltung gilt für uns das Primat der maßvollen Investitionspolitik, d.h. dass auch hier die zur Leistungserstellung erforderliche Wertschöpfungstiefe im eigenen Haus möglichst klein gehalten wird und nur bei vertretbarem Profil das Geschäftsfeld ausgebaut wird.

STABSBEREICHE / SONSTIGE KOSTEN

Die Struktur einer börsennotierten Aktiengesellschaft unter Aufsicht der BaFin bringt eine Vielzahl zusätzlicher Anforderungen mit steigender Tendenz und somit entsprechender Kosten mit sich. Nahezu alle notwendigen Dienstleistungsbereiche sind out-sourced, um die fixen Kosten der Stabs- wie auch sonstiger Bereiche so gering als möglich zu halten.

INVESTITIONEN

Bei allen Aktivitäten zur Förderung des weiteren Unternehmens- und Gewinnwachstums ist für uns die Prämisse der bestands-sichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der Rücklagen und damit das Wachstum des haftenden Eigenkapitals sowie der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns. Dazu ist mittelfristig ein sukzessiver Ausbau der Geschäftsaktivitäten notwendig. Diese Investitionen haben jedoch in einem angemessenen finanziellen Verhältnis zur Unternehmensstruktur und der Risikotragfähigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu stehen.



>> LAGEBERICHT 2010

1. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im Geschäftsjahr 2010 haben sich die Rahmenbedingungen für Finanzdienstleister gegenüber dem Jahr 2009 deutlich verbessert. So sind die positiven Kursentwicklungen der Weltbörsen und auch des deutschen Leitindex DAX Ausdruck einer Aufhellung der wirtschaftlichen Lage und vorsichtige Rückkehr des Anlegervertrauens. Allerdings war der Kursaufschwung gerade in der ersten Jahreshälfte von sehr viel vorsichtiger Zurückhaltung begleitet, was sich in einer vergleichsweise niedrigen Umsatztätigkeit an den deutschen Börsen ausdrückte. Erst zum Jahresende hin stieg der Druck auf private und institutionelle Anleger, die bis dahin verpassten Kursanstiege nachbilden zu müssen, was zu einer Belebung der Umsatztätigkeiten führte.

Nach dem starken, durch die Finanzkrise verursachten Wirtschaftseinbruch der Jahre 2008 und 2009 zogen auch die makroökonomischen Daten deutlich an und der Aufschwung sorgte für das stärkste Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2010 um 3,6%. Damit wurden die Kursanstiege – allein der DAX legte im Jahr 2010 knapp 1.000 Punkte oder gut 16% zu – an den deutschen Börsen auch fundamental bestätigt.

2. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT IM BERICHTSJAHR

a) Geschäftsverlauf und -lage

Der Geschäftsverlauf für das Unternehmen war im Jahr 2010 durchweg positiv, wenngleich das 4. Quartal den höchsten Beitrag zum Gesamtergebnis lieferte. Für dieses Resultat waren die sich kontinuierlich verbessernden Kurs- und Umsatzentwicklungen an den deutschen Börsen verantwortlich, ebenso sorgte der professionelle und trendfolgende Umgang mit Positionen bei einem konsequenten Risikocontrolling für eine positive Umsetzung der Kursanstiege in Gewinn für die Gesellschaft. Einen wesentlichen Ergebnisbeitrag konnte der Geschäftsbereich Skontroführung im Fondshandel beitragen, welcher Sondersituationen insbesondere aufgrund der Schließungen großer Immobilienfonds positiv nutzen konnte. Wir hoffen, dass die Möglichkeit des Handels von Fondsanteilen über die Börse in der breiten Öffentlichkeit nun stärker in den Fokus gerückt ist und somit nachhaltig für eine erhöhte Umsatztätigkeit sorgt.

Unser Haus war im Geschäftsjahr 2010 fortlaufend in die Abstimmungsprozesse zwischen der Deutsche Börse AG und den Skontroführern bezüglich der Veränderung des heutigen Skontroführermodells an der Frankfurter Wertpapierbörse hin zum Spezialistensystem ab Mai 2011 eingebunden. Im Ergebnis wird auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ab dem Jahr 2011 als Spezialist an der Frankfurter Wertpapierbörse tätig sein.

b) Bilanz- und Ergebnisentwicklung

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2010 zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei EUR 0,398 Mio. nach EUR 0,48 Mio. im Vorjahr. Der Jahresüberschuss belief sich auf EUR 0,27 Mio. nach einem Jahresergebnis von EUR 0,50 Mio. im Geschäftsjahr 2009.

Die gebildete Risikovorsorge von EUR 1,34 Mio. über die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wirkte entsprechend ergebnisbelastend (Vj. EUR 0,36 Mio.). Aufsichtsrechtlich wird dieser in die Passiva eingestellte Betrag den Eigenmitteln wieder hinzugerechnet.

Aufgrund der Neuverteilung von Skontren an der Frankfurter Wertpapierbörse und der im Jahr 2010 geringeren Umsatztätigkeit der Skontroführung Frankfurt reduzierte sich das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen im Geschäftsjahr 2010 um EUR 0,51 Mio. auf EUR 3,11 Mio. Der Fondshandel konnte von der erhöhten Umsatztätigkeit insbesondere aufgrund der Sondersituation der Schließungen von Immobilienfonds profitieren, so dass sich, das Ergebnis aus dem Handelsbestand um EUR 1,36 Mio. auf EUR 4,84 Mio. (Vj. EUR 3,48 Mio.) verbesserte. Das Zinsergebnis einschließlich Dividenden betrug EUR -0,02 Mio. (Vj. EUR 0,08 Mio.).

Der Personalaufwand ist mit EUR 3,33 Mio. (Vj. EUR 3,18 Mio.) im Wesentlichen unverändert geblieben, die anderen Verwaltungsaufwendungen betrugen unverändert zum Vorjahr EUR 2,53 Mio.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR 0,19 Mio. nur unwesentlich über denen im Vorjahr (EUR 0,24 Mio.).

Die Verringerung der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um EUR 0,2 Mio. auf EUR 0,46 Mio. (Vj. EUR 0,66 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus der im Jahr 2009 erforderlichen Sonderabschreibung auf den immateriellen Wert der erworbenen Skontrenmarkanteile.

Der Steueraufwand von TEUR 71 resultiert im Wesentlichen aus dem Steueraufwand auf das Jahresergebnis 2010.

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf EUR 14,2 Mio. gegenüber EUR 10,1 Mio. in 2009. Die stichtagsbezogen erhöhte Bilanzsumme per 31. Dezember 2010 hängt mit der durch BilMoG eingeführten Bilanzierung der Aufgaben-Geschäfte zusammen.

Der Gesellschaft wurde ein nachrangiges Darlehen in Höhe von EUR 1,0 Mio. zur Verfügung gestellt. Unter Einbezug dieses Darlehens, welches den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht und nach der Ausschüttung der vorgeschlagenen Dividende von EUR 0,28 Mio. verfügt die Gesellschaft über ein haf-

tendes Eigenkapital in Höhe von EUR 7,0 Mio. (i.Vj. EUR 5,4 Mio.)

Die grundsätzlich aufsichtsrechtlich begrenzten Geschäftsmöglichkeiten haben sich durch das erhöhte aufsichtsrechtliche Eigenkapital partiell verbessert.

c) Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die grundsätzlich im Wesentlichen mit dem Wertpapierhandel zusammenhängenden Geschäftsbereiche weiter auf. Im Geschäftsbereich Handel sind dies Eigenhandel, Skontroführung, Salestrading, Designated Sponsoring sowie außer- und vorbörslicher Aktienhandel. Des Weiteren bestehen die Geschäftsfelder Vermögensverwaltung, Corporate Finance sowie das Retailgeschäft mit der Fortführung auslaufender Verträge. Alle wesentlichen Geschäftsbereiche haben mit Ihren Ergebnisbeiträgen zum guten Gesamtergebnis beigetragen.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden im Wesentlichen Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und Genussscheinen.

Skontroführung

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Die Möglichkeit des börslichen Fondshandels ist den Marktteilnehmern insbesondere aufgrund der Sondersituationen bei einzelnen Immobilienfonds mittlerweile bekannter, wenngleich hier noch enormes Potential in der externen Wahrnehmung sowie hieraus resultierend in der Umsatztätigkeit besteht. Durch die Umsatzsteigerung bei den Immobilienfonds aufgrund der Sondersituationen bis hin zu Schließungen einzelner Immobilienfonds konnte die Gesellschaft auch bei Courtagen und Kursgewinnen profitieren, so dass dieser Bereich ertragsseitig der wesentliche Eckpfeiler des Gesamtjahres war.

Da die Inhaberschuldverschreibungen der Banken und Sparkassen, die von SCHNIGGE betreut werden, wegen bilanzieller Änderungen nicht neu aufgelegt werden, hat die Bedeutung dieses Bereiches gegenüber den Vorjahren weiter verloren. Der Bereich der Skontroführung Renten in Frankfurt sowie Düsseldorf war aufgrund durch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG eingeführter Renten ein weiteres Standbein.

Die Aktienskontroführung Frankfurt litt gegenüber dem Vorjahr unter einer wesentlich niedrigeren Volatilität sowie dem Wechsel von betreuten Wertpapieren. Betreute die Gesellschaft im Jahr 2009 überwiegend noch das Skontro der stark schwankenden Deutschen Bank Aktie, so war im Jahr 2010 die Allianz AG betreuter Hauptwert.

Dagegen konnte die Aktienskontroführung Düsseldorf mit einem verbesserten Leistungsangebot ein starkes Orderwachstum verzeichnen. Der vergünstigte Service (z.B. Verzicht auf Courtage bei Orders bis 5.000 Euro Gegenwert) sorgte bei vielen Banken für eine Voreinstellung des Börsenplatzes Düsseldorf bei der Orderausführung im Rahmen ihrer Mifid Best Execution Policy.

Retailgeschäft

Der ursprünglich unter dem Bereich Retail verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, eingestellt. Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Vermögenswirksamen Leistungen (VWL) wird noch für eine Übergangszeit bis zum Übertrag an einen neuen Abwickler zu unveränderten Konditionen von uns fortgeführt. Spätestens mit Beendigung der VL-Verträge durch Laufzeitende wird dieses Geschäft eingestellt.

Vorbörslicher Handel

Der vorbörsliche Handel, früher wesentliche Stütze des Ertrags der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, ruht aufgrund der Marktverhältnisse nahezu seit einiger Zeit. Als Alternativlösung nutzen viele Gesellschaften die Möglichkeit, prospektfrei ohne IPO ihre Wertpapiere zumindest an den Börsen listen zu lassen. Trotz Aufhellung der Lage an den Börsen und einem verbesserten Anlegervertrauen war für das Geschäftsjahr 2010 noch keine Veränderung zu einer wieder erstarkenden Emissionstätigkeit bei Aktien erkennbar. Unternehmen nutzten vielmehr das weiterhin niedrige Zinsniveau, um sich mittelfristig über Anleiheemissionen mit Fremdkapital auszustatten,

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Auch hier konnte dieser Marktbereich noch nicht von einer anziehenden positiven Grundstimmung an den Börsen profitieren, die Umsätze blieben auf niedrigem Niveau. Wie beim vorbörslichen Handel müssen sich erst die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, bevor ein Anziehen der Umsatztätigkeit in diesem Geschäftsbereich zu erwarten ist.

Asset Management

Die Geschäftsaufnahme im Bereich Asset Management wurde im Dezember 2008 mit einem Mandat gestartet. Auch im Jahr lieferte dieser Geschäftsbereich einen positiven Ergebnisbeitrag. Je nach Marktlage wird über den maßvollen Ausbau nachgedacht.

Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Im Jahr 2010 wurden darüber hinaus einige Maßnahmen der Kapitalbeschaffung durch mittelständische Unternehmen erfolgreich begleitet. Auf Grund des extrem zyklischen Geschäftsfeldes haben wir uns entschieden, diesen Bereich nicht mit weiteren Personalressourcen auszubauen. Wir wollen die vorhandenen Kompetenzen in der Beratung sowie der Umsetzung bei sich

ergebenden Geschäftsansätzen für den Kunden wertschöpfend einbringen.

Die Gesellschaft hat die aufsichtsrechtliche Genehmigung des Platzierungsgeschäftes. Hierüber verfügt die Gesellschaft über die Möglichkeit, sich an – auch im heutigen schwierigen Marktumfeld immer noch existenten - attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme von Positionen auf die eigene Bilanz eingehen zu müssen.

Stabs- und Verwaltungsbereiche

Von den Ressourcen her sind wir auch im Stab schlank aufgestellt und haben verschiedene Tätigkeiten auf externe Dienstleister ausgelagert. Wir wollen dies auch in unmittelbarer Zukunft bei gleichbleibenden Geschäftsstrukturen so belassen, um nicht bei sinkenden Erträgen unmittelbar in eine Kostenfalle zu laufen. Bestimmte Strukturen sind allerdings als börsennotierte Gesellschaft unter der Aufsicht der BaFin vorgegeben. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen steigen immer mehr.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde im Jahr 2010 nicht durchgeführt und ist auch mittelfristig nicht geplant.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2010 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 28 (Vorjahr 27) Mitarbeiter/innen beschäftigt. Für das Jahr 2011 sind keine nennenswerten Veränderungen vorgesehen.

Auf Basis der jeweiligen individuellen wie auch bereichsbezogenen guten Leistungen wurden an die Mitarbeiter/innen marktgerechte Tantiemen ausbezahlt. Die Form und Höhe der Tantiemenzahlungen berücksichtigen auch die gesetzlich- und aufsichtsrechtlich geforderten Begrenzungen zum Schutz der Gesellschaft.

Neben der Ausstattung und dem Ausbau der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Vorstand und Aufsichtsrat bedanken sich daher im Namen der Aktionäre für die auch im vergangenen Jahr geleistete erfolgreiche Arbeit.

3. INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN PROZESS DER RECHNUNGSLEGUNG

Die eingerichteten Abläufe sowie die jeweiligen Tätigkeiten innerhalb der Rechnungslegung zeichnen sich im Hinblick auf die Verantwortungsbereiche, Kontrolle sowie Führung durch eine klare Strukturierung aus.

Die für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Kreditinstitut geltenden Anforderungen an das Handelsgeschäft schreiben eine klare Trennung zwischen den Funktionseinheiten „Handel“, Abwicklung und Kontrolle“, „Überwachung“ und „Rechnungslegung“ vor, die funktional und organisatorisch gegeben ist.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfügt zur Abwicklung des Wertpapiergeschäfts über umfangreiche Strukturen, Systeme und Maßnahmen, welche die Effektivität und Sicherheit des Rechnungslegungsprozesses einschließlich der Erstellung des Halbjahres- und Jahresabschlusses gewährleisten.

Grundlage des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems ist die enge Zusammenarbeit mit auf das Wertpapiergeschäft spezialisierten externen Partnern. Im Rahmen von Auslagerungslösungen werden die Geld- und Stückerbuchhaltung und die Erfassung aller Wertpapiergeschäfte einschließlich der Wertpapierstammdaten extern abgewickelt. Die Wertpapiergeschäfte werden größtenteils über das System der Börsenabwicklungsgesellschaft der Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main, erfasst.

Neben diesen in der Organisation implementierten Kontrollen werden die Funktionsbereiche durch Mitarbeiter bzw. den Vorstand überwacht.

In allen Phasen des Rechnungslegungsprozesses werden ausschließlich Standardsoftwaresysteme eingesetzt. Alle eingesetzten EDV-Systeme sind durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen vor unbefugtem Zugriff geschützt.

Alle rechnungslegungsrelevanten Prozesse werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft.

In allen wesentlichen Fragen der Rechnungslegung ist der Finanzvorstand unmittelbar eingebunden. Sofern erforderlich, werden externe Dienstleister (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) mit angemessener Qualifikation zur Umsetzung und Einhaltung der Bilanzierungsvorgaben involviert. Die in den Rechnungslegungsprozess eingebundenen Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Rechnungslegungsprozesses werden durch interne fortlaufend aktualisierte Richtlinien vorgegeben. Es besteht ein klar strukturiertes turnusmäßiges rechnungslegungsbezogenes Berichts- und Meldewesen gegenüber dem Aufsichtsrat bzw. der Bankenaufsicht.

4. RISIKOSTRATEGIE UND GESAMTBANKSTEUERUNG

PRÄAMBEL

Mit der Novellierung der MaRisk (11/2010) hat die BaFin die regulatorischen Anforderungen an Finanzdienstleistungsunternehmen und Banken erneut ausgeweitet. Die Ursachen hierfür liegen in der Bankenkrise und der daraus resultierenden Regulierung auf globaler und europäischer Ebene begründet. Grundsätzlich ist eine stärkere Aufsicht und Regulierung des Marktes, hier aber insbesondere der systemrelevanten Institute, zu begrüßen.

SCHNIGGE betreibt weder das Einlagen- noch das Kreditgeschäft. Das Geschäftsmodell – im Wesentlichen die Skontroführung sowie der Wertpapiereigenhandel – wird nahezu vollständig durch

Eigenmittel getragen. Insofern betrachtet die Gesellschaft sich als nicht relevant für das übergeordnete Ziel der Wahrung der Systemstabilität, welches die Aufsicht verfolgt. Hieraus abgeleitet legt der Vorstand der SCHNIGGE Wert darauf, die Anforderungen der MaRisk möglichst gezielt, praktikabel und unbürokratisch zu implementieren.

A. Risikostrategie

Sämtliche Entscheidungen in allen Geschäfts- und Verantwortungsbereichen stehen grundsätzlich im Einklang mit der nachfolgend festgelegten Strategie. Abweichungen zur Strategie erfolgen durch einen Geschäftsleitungsbeschluss und entsprechender Kommunikation.

Die Strategie liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandes. Die Strategie ist dem Aufsichtsrat zur Kenntnis zu geben.

Mindestens einmal jährlich ist eine Überprüfung erforderlich sowie gegebenenfalls entsprechende Anpassungen. Bei Überprüfung der Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie ebenfalls heranzuziehen. Die Risikostrategie ist den Mitarbeitern zu kommunizieren.

Wie die jüngste Entwicklung beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister das Risikomanagement von zentraler, ja überlebenswichtiger Bedeutung und wird daher in unserer Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt.

B. Darstellung Gesamtrisikoprofil

Die MaRisk stellen Anforderungen an das Management aller für ein Institut wesentlichen Risiken. Die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit erfolgt somit in der Form, dass diese wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (ökonomische Kapitaldeckung) laufend abgedeckt werden. Nach MaRisk müssen alle wesentlichen Risiken vom Institut angemessen identifiziert, beurteilt, gesteuert sowie überwacht und kommuniziert werden. Die Angemessenheit orientiert sich dabei an der Geschäfts- bzw. Risikostruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank. Da die MaRisk keine spezifischen Vorgaben bezüglich bestimmter Methoden oder Verfahren machen, werden nachfolgend das für die geschäftliche Struktur und Größe unseres Institutes festgelegte Vorgehensmodell und die entsprechenden Risikocontrolling und -steuerungsprozesse dargestellt.

I. Adressenausfallrisiken

Definition der Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken wird das Risiko verstanden, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet. Diese Risiken untergliedern sich in Länder-, Kontrahenten-Emittenten- und Settlementrisiken sowie Kreditrisiken:

- **Kontrahentenrisiken** drücken die möglichen vollständigen oder auch teilweisen Wertverluste aus, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen einer Gegenpartei (Kontrahent) entstehen können, mit denen die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Geschäfte betreibt.

- Des Weiteren werden die **Bonitätsrisiken von Wertpapieremittenten** den Adressenausfallrisiken zugerechnet.
- Als **Settlementrisiko** bezeichnet man das Risiko, dass nach erbrachter Leistung zur Erfüllung eines Geschäfts keine Gegenleistung erfolgt.
- Als **Länderrisiken** werden Transfer- und Konvertierungsrisiken, sowie politische Risiken erfasst, die für uns auf Grund der Geschäftsaktivitäten weitestgehend bedeutungslos sind.
- Unter dem Begriff **Kreditrisiko** sind die möglichen Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft zusammengefasst, welches unser Institut als Wertpapierhandelsbank jedoch nicht betreibt.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

In Anlehnung an die Definition der Adressenausfallrisiken erfolgt grundsätzlich eine Risikoprüfung in den Bereichen der Kontrahenten-, Emittenten- und Settlementrisiken. Diese Adressenausfallrisiken spielen für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank im Vergleich zu den anderen Risikoarten eine untergeordnete Rolle. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Mehrheit der Geschäfte über Börsen abgewickelt wird. Die Risiken sind jedoch für außerbörsliche Geschäfte zu betrachten.

Identifikation und Überwachung der Adressenausfallrisiken

In unserem Institut findet auf Grund der vorgenannten Relevanz für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung keine laufende Bonitätsbeurteilung aller Geschäftspartner statt. Handel mit Kunden ohne Handelszulassung an inländischen Börsen findet nur in geringem Umfang statt. Die hierbei auftretenden Ausfallrisiken werden auf Grund der geringen Fallzahlen durch Einzelüberwachung (in der Regel durch den Vorstand persönlich) gesteuert. Das entsprechende Verfahren ist in den Rahmenbedingungen für den Handel (Kontrahentenkreis) der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank geregelt. Die Überwachung und Kommunikation relevanter Risikopositionen und eine Bewertung in Bezug auf die Risikotragfähigkeit erfolgt im Rahmen des Risikoberichtes, welcher vierteljährlich vom Risiko-Controlling erstellt wird.

Auf eine gesonderte Limitierung des Adressenausfallrisikos des Emittenten wird auf Grund des bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank vorliegenden Geschäftsmodells verzichtet, da dem besonderen Kursrisiko des Emittenten im Rahmen der Limitierung des Marktpreisrisikos Rechnung getragen wird.

Die Emittentenrisiken, welche im Eigenhandel entstehen, werden nach Maßgabe der Großkrediteinzel- und Großkreditgesamtobergrenzen des § 13a KWG in Verbindung mit den Vorschriften der GroMiKV beobachtet und begrenzt. Unabhängig von einer Auslastung der Großkreditobergrenzen werden in der Handelsrichtlinie positionsbezogene Bestandsobergrenzen für die unterschiedlichen Arten von Finanzinstrumenten (Aktien, Genussscheine, Renten, Fonds) geregelt.

II. Marktpreisrisiken

Definition der Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden nach MaRisk verstanden:

- Kursrisiken,
- Zinsänderungsrisiken,
- Währungsrisiken und
- Marktpreisrisiken aus Warengeschäften

Als Marktpreisrisiken können somit allgemein Preisveränderungen von u.a. Aktien, Anleihen und Währungen auf Grund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten angesehen werden.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Marktpreisrisiken wirken sich insofern auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes aus, als es sich hierbei um das für die Bank wesentliche Risiko handelt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG unterliegt Marktpreisrisiken im Wesentlichen in Form von Kurs- und Zinssatzschwankungen. Währungsrisiken sind derzeit für die Gesellschaft nicht relevant, da die gehandelten Wertpapiere im Wesentlichen in Euro notieren. Der Kurs von Finanzinstrumenten kann sich im Vergleich zur allgemeinen Marktentwicklung abrupt und in einem Ausmaß verändern, welches die üblichen Kursänderungen deutlich übersteigt. Die Gründe hierfür sind zumeist der Sphäre des Emittenten des Finanzinstruments zuzurechnen. Beispiele hierfür sind u.a.:

- erwartete oder tatsächliche Änderungen in den Anteilseignerstrukturen,
- Ratingveränderungen,
- Gewinnwarnungen oder
- Insolvenz eines Emittenten

Identifikation und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Anforderungen an die Behandlung von Marktpreisrisiken bei Handelsgeschäften unterscheiden sich zum einen die Anforderungen an Handelsbuchpositionen sowie zum anderen an Anlagebuchpositionen.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr sind weder Wertpapierkäufe für die Liquiditätsreserve getätigt noch sonstige Wertpapiere auf längere Sicht (z.B. Beteiligungen) angeschafft worden. Dem Anlagebuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind derzeit keine Geschäfte zugeordnet.

Im Handelsbuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank werden alle handelbaren Finanzinstrumente erfasst, welche zur kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges gekauft bzw. gehalten werden. Sämtliche Geschäfte des Handelsbuches unterliegen somit den Vorschriften der Handelsrichtlinien. Folglich werden die Marktpreisrisiken durch die dort festgelegten Verlust- und Volumenlimite begrenzt. Dabei erfolgt eine Limitierung einerseits auf Ebene der einzelnen Wertpapierpositionen und andererseits auf der Ebene von Händlergruppen. Die Handelsrichtlinien sehen - abhängig von der Art des jeweiligen Finanzinstruments (Aktien, Genussscheine, Renten Optionen, Future-Kontrakte) - unterschiedliche Begrenzungen der Einzelpositionen vor (in Stücken, Nominalbeträgen, Anzahl der Kontrakte).

Die Positionsverantwortlichen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank, also der einzelne Händler und der Handelsvorstand, werden durch eine ständige Aktualisierung eines zentralen Positionsüberwachungs- und Geschäftserfassungsprogramms über die Größenordnungen der gehaltenen Wertpapiere informiert, auf deren Grundlage sie die Auslastung der vorgegebenen Limite selbstständig ermitteln können. Den Händlergruppen werden individuelle Handelsvolumenlimite vorgegeben. Die Gesamtheit der von einer Händlergruppe gehaltenen Einzelpositionen dürfen ein vom Vorstand bestimmtes Gruppenvolumenlimit (Gesamtengagementgrenze) nicht überschreiten. Ferner wird der kumulierte Verlust auf Gruppenebene durch eine entsprechende betragsmäßige Limitvorgabe begrenzt.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse sind in einem täglichen Handelsbuch-Bericht zusammenzufassen, welcher u.a. über

- die Gesamtpositionen aufgliedert nach Long- und Shortpositionen
- die realisierten sowie unrealisierten Handelsergebnisse
- sowie die VaR Auslastung der WP - Bestände informiert.

Dieser wird den Geschäftsleitern im Laufe des folgenden Geschäftstages vorgelegt.

Neben der Limitierung über Volumens- und Verlustlimite wird für den gesamten Handelsbestand der Bank täglich ein Value-at-Risk (VaR) ermittelt. In diesem Zusammenhang kommt ein unter Ausnutzung des „Bloomberg-Systems“ implementiertes, standardisiertes Verfahren zur Anwendung. Hierzu werden täglich die Daten des Handelsbestandes ausgelesen und über ein institutsintern entwickeltes Programm (Makro) nach Bloomberg übergeleitet, welches täglich die VaR-Berechnung für den gesamten Handelsbuchbestand vornimmt. Die Berechnungsergebnisse werden täglich an den Vorstand berichtet

III. Liquiditätsrisiken

Definition der Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken werden alle Risiken verstanden, welche dazu führen, dass ein Institut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen kann. Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft.

Risikomanagement und -controlling Maßnahmen

Nach MaRisk hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank laufend zu überprüfen, inwieweit sie in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf aus der geschäftlichen Tätigkeit abzudecken. Stellt sich dabei heraus, dass die Mittelabflüsse die Mittelzuflüsse (einschließlich der Bestände an Liquidität) übersteigen, so müssen entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Identifikation und Überwachung der Liquiditätsrisiken

Bei der Liquiditätsplanung werden vom Rechnungswesen/Controlling den erwarteten Mittelabflüssen die kalkuierten Mittelzuflüsse für den Zeitraum von 12 Monaten gegenübergestellt. Grundlage dieser vierteljährlich erstellten Liquiditätsplanung sind zum einen die realen Mittelab- und -zuflüsse, welche sich auf monatlicher

Basis aus den Buchungsabschlüssen ergeben. Zum anderen dient der Business Plan als Grundlage für eine möglichst präzise Prognose zukünftiger Mittelzu- bzw. -abflüsse.

Für die kurzfristige Liquiditätsplanung steht uns täglich ein umfassender Report unserer Hausbank und wesentlichen Abwicklungspartners zur Verfügung. Der Report enthält alle Wertpapierbestände, die notwendigen Beträge zur Unterlegung sowie die frei verfügbare Liquidität.

Hinsichtlich der novellierten MaRisk (RS 11/2010) ist SCHNIGGE als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft i.S.d. § 264d HGB zu werten und unterliegt somit generell den Zusatzanforderungen des BTR 3.2. Der BTR 3.2. spezifiziert die besonderen Anforderungen hinsichtlich der Risikomanagement – und Controllingmaßnahmen für die kurzfristige Refinanzierung in Stresssituationen. Die Refinanzierung der Bank erfolgt im Wesentlichen über das eigene Kapital sowie die Beleihung der Wertpapierbestände bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (im folgenden TuB). Diesbezüglich hat die Bank verschiedenen Stressszenarien berechnet. Diese Szenarien berücksichtigen verschiedene z.T. wesentliche Zunahmen in den Sicherheitenanforderungen seitens TuB und unterschiedlich starke Kursrückgänge. Im Ergebnis führt dies auch bei Kursverlusten und zusätzlichem Anstieg der Sicherheitenanforderungen zu dem Ergebnis, dass noch ausreichend Liquidität zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund verzichtet die Bank auf weitere Berechnungen

IV. Operationelle Risiken

Definition der Operationellen Risiken

Unter operationellen Risiken werden alle Gefahren verstanden, welche ein Institut an der Ausübung seiner normalen Geschäftstätigkeit hindern können. Diese Gefahren können zum einen intern induziert sein und ihre Ursache haben in Unzulänglichkeiten bzw. Versagen interner Verfahren und Prozesse, der handelnden Personen im Institut oder der eingesetzten Systeme. Zum anderen können diese Gefahren infolge externer Ereignisse auftreten. Diese differenzierte Sichtweise berücksichtigen wir auch bei der Überwachung und Beurteilung der operativen Risiken für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Die sonstigen Risiken wie Geschäftsfeldrisiken, Strategische Risiken, Reputationsrisiken und Rechtsrisiken werden im Zuge der Risikoquantifizierung im Risikotragfähigkeitskonzept als Teil der operativen Risiken einbezogen.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Die Auswirkungen operationeller Risiken auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes sind grundsätzlich schwer quantifizierbar. Das Ziel des Risikomanagements im operationellen Bereich ist neben der Risikoidentifikation und –analyse die Vermeidung operationeller Risiken oder zumindest die Minderung der Schäden, die durch den Eintritt operationeller Risiken auftreten. Die hierfür nötigen Risikobegrenzungsmaßnahmen sollten unter Kosten-/Nutzenaspekten jedoch sachgerecht sein.

Identifikation und Überwachung der Operationellen Risiken

a) Externe Perspektive

Die Abwicklung von Handelsgeschäften erfolgt bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Das Outsourcing des Systembetriebs sowie Teilen des Rechnungs- und Meldewesens wird über einen Partner mit langjähriger Expertise und hohem Verlässlichkeitsgrad realisiert. Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft werden. Das Risiko, auf falschen Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung reduziert.

b) Interne Perspektive

Zur Durchführung des bestehenden Handelsgeschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank über eine adäquate Infrastruktur. Dies umfasst sowohl die zum Handel und dessen Überwachung erforderlichen technischen Systeme als auch die notwendige Dokumentation der Prozesse.

Zur Durchführung des Geschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank über gut ausgebildete Mitarbeiterkapazitäten. Vor dem Hintergrund evtl. Erweiterungen der Geschäftsfelder bzw. der Einführung zusätzlicher Produkte, bzw. dem Start entsprechender Projektaktivitäten ist – je nach Komplexität der einzelnen Produkte – zusätzliches Fachwissen erforderlich.

- Die disziplinierte Einhaltung der vorgegebenen Regelungen soll alle wesentlichen operationellen Risiken minimieren. Sollten sich darüber hinaus dennoch wesentliche operationelle Risiken verwirklichen (Eintritt eines bedeutenden Schadensfalls oder Hinweise auf ein bevorstehendes Risiko), so sind die entsprechenden Ursachen situativ und unverzüglich zu analysieren. Ziel dieser Ursachenanalyse muss dabei sein, effektive Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, welche eine Wiederholung des Schadenereignisses entweder ausschließen, unwahrscheinlicher machen oder die Schadenshöhe begrenzen. Diese Maßnahmen sind in der Folge zeitnah durch entsprechende Prozesse und Regelungen zu institutionalisieren.

Operationelle Risiken sind nie ganz auszuschließen, können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung.

Das Ausscheiden von Schlüsselmitarbeitern könnte zu einem überproportionalen Anstieg operationeller Risiken führen.

Bemessung und Eigenmittelunterlegung der Operationeller Risiken

SCHNIGGE ermittelt die Anrechnungsbeträge für das operationale Risiko nach dem sogenannten Basisindikatoransatz gemäß § 270 SolvV.

C. Wesentlichkeitsanalyse

Die Definition einer mit der Geschäftsstrategie im Einklang stehenden Risikostrategie hat zum Ziel, dass die wesentlichen Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der SCHNIGGE

Wertpapierhandelsbank frühzeitig und vollständig erfasst sowie angemessen dargestellt werden sollen. Dabei geht die Aufsicht davon aus, dass für alle deutschen Institute:

- Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken),
 - Marktpreisrisiken
 - Liquiditätsrisiken sowie
 - operationelle Risiken
- wesentliche Risikoarten darstellen.

Auf Basis des Gesamtrisikoprofils hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für die Einzelrisiken eine Wesentlichkeitsanalyse nach den Kriterien Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt durchgeführt.

Liquiditätsrisiken setzen sich zusammen aus dem Refinanzierungsrisiko und dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne. Da die Refinanzierung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank vorwiegend auf Eigenmitteln basiert, kann das Risiko nicht verfügbarer Refinanzierungsquellen als nicht wesentlich angesehen werden. Die Positionen der Aktivseite weisen in Relation zu den Verbindlichkeiten eine hohe Fungibilität und damit Liquidität auf. Die Liquiditätssituation wird auf Tagesbasis überwacht. Negative operative Trends und Tendenzen, die zu einer Verschlechterung der Liquiditätssituation führen könnten werden somit frühzeitig erkannt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG stuft Liquiditätsrisiken damit als nicht wesentlich ein und verzichtet auf die Einbeziehung in die Risikotragfähigkeit.

Die dargestellte Wesentlichkeitseinschätzung der Liquiditätsrisiken ist eine Zeitpunktbetrachtung und muss daher regelmäßig überprüft werden. Aufgrund kurzfristiger Änderungen in den Marktbedingungen oder anderer Faktoren kann sich diese Einschätzung jederzeit als nicht mehr zutreffend erweisen. Die regelmäßige Überprüfung der Wesentlichkeitsanalyse sowie eine ggf. unterjährige Anpassung liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung.

Zusammengefasst definiert die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank aktuell Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken als wesentlich.

D. Risikokonzentration und -korrelation

Innerhalb der wesentlichen Risiken hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank derzeit drei Risikokonzentrationen identifiziert. Dabei handelt es sich um ein strategisches sowie zwei operationelle Risiken. Was die Korrelation der Risikokategorien untereinander angeht, hat sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank für einen sehr konservativen Ansatz entschieden und geht von einer Korrelation von 1 aus.

I. Geschäftsfeld Skontrofführung

Die operativen Erträge der Gesellschaft werden im Wesentlichen über die Funktion als Skontrofführer an den Börsen erwirtschaftet. Diesbezüglich besteht eine Abhängigkeit der Zuteilung bzw. der Prolongation der Eigenschaft als Skontrofführer in den einzelnen Gattungen bzw. generell.

II. Servicer Abhängigkeit

Bezüglich der Handelssysteme inkl. Bestandsverwaltung arbeitet die Gesellschaft bereits seit Jahren mit einem externen Anbieter zusammen. Es handelt sich um einen in diesem Segment etablierten Anbieter. Auftretende Probleme bei diesen Systemen könnten aufgrund der Komplexität nicht kurzfristig über einen anderen Anbieter ausgeglichen werden. Auftretende Probleme könnten einen negativen Einfluss auf die Stellung als Skontrofführer haben. Im schlimmsten Fall den Entzug der Eigenschaft als Skontrofführer.

Unser Handelssystem wird unseren Anforderungen nach kontinuierlich aktualisiert.

III. Depotbank

SCHNIGGE hat als einzigen Geschäftspartner für die Wertpapierdienstleistungen (Depotbank und Abwicklung) die HSBC Trinkhaus & Burkhardt AG. Hieraus entsteht ein Konzentrationsrisiko, da bei einem möglichen Wegfall von TuB zum einen ein neuer Anbieter gefunden werden muss und zum anderen da die TuB den Großteil der liquiden Mittel und kurzfristigen Vermögenswerte von SCHNIGGE hält. Der Vorstand ist sich dieser Risikokonzentration bewusst, hat jedoch in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat entschieden, dieses Risiko zu akzeptieren. Die TuB verfügt über eine erstklassige Bonität, die regelmäßig durch den Vorstand auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen überprüft wird.

E. Risikotragfähigkeitskonzept

I. Regulatorischer Rahmen

Die Sichtweise der Risikotragfähigkeit wird u.a. mit der Säule 1 von Basel II (den Mindestkapitalanforderungen) regulatorisch vorgeschrieben. So besagt § 2 der Basel II konkretisierenden Solvabilitätsverordnung (SolvV): „Ein Institut verfügt über angemessene Eigenmittel, wenn es täglich zum Geschäftsschluss sowohl die Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken und das operationelle Risiko nach Absatz 2 als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken nach Absatz 3 erfüllt.“ In Ergänzung hierzu stellt § 4 SolvV klar, welche Adressrisiko- und Marktrisikopositionen anrechnungspflichtig, also mit Eigenmitteln bzw. Eigenkapital zu unterlegen sind.

Die Pflicht zur Eigenmittelunterlegung besteht für die Gesellschaft gemäß § 269, 270 SolvV gleichfalls für die operationellen Risiken der Gesellschaft.

Die vorgenannten anrechnungspflichtigen Risiken müssen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fortlaufend quantifiziert werden, um zuverlässig beurteilen zu können, ob die Risiken nicht das Risikodeckungspotenzial (Eigenmittel, haftendes Eigenkapital) übersteigen und damit die Risikotragfähigkeit der Geschäftsstruktur möglicherweise gefährdet ist.

Abweichend zu den Anforderungen der Ermittlung beziehungsweise Einhaltung der Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung (SolvV) und der Liquiditätsverordnung („LiqV“) die für das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank nur bedingt Aussagekraft haben, wurde in Anlehnung an AT 4.1 der MaRisk die folgende Risikotragfähigkeitsbetrachtung

definiert. Die folgende Betrachtung orientiert sich stärker am tatsächlichen Geschäftsmodell und berücksichtigt demnach auch nur solche Risiken, die seitens der Geschäftsführung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank als wesentlich definiert wurden.

Grundsätzlich existieren zwei Betrachtungsweisen für die Risikotragfähigkeit eines Instituts: (a) Liquidationsansatz und (b) Going concern Ansatz. SCHNIGGE verfolgt den Going Concern Ansatz wobei der Risikoappetit die Grenze definiert, bis zu der die Gesellschaft bereit ist, unterjährige Verluste zu akzeptieren, bevor die Fortführung der Geschäfte bei SCHNIGGE grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit erfolgt halbjährlich, die Ergebnisse werden im Zuge der Risikoberichterstattung dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

II. Risikoquantifizierung

Zur Bewertung der Gesamtrisikoposition hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank die folgenden Bewertungsansätze für die wesentlichen Risiken gewählt:

Marktpreisrisiko

Zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken wird täglich der Gesamtbestand des Handelsbuches über eine Schnittstelle zu Bloomberg mit dem VAR bewertet.

Operationelles Risiko

Zur Bewertung der operationellen Risiken bedient sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank des Basis Indikator Ansatzes gem. SolvV.

Adressenausfallrisiken

Da Adressenausfallrisiken grundsätzlich nur im Bereich der Kontrahenten- und Emittentenrisiken auftreten, kann von einer gesonderten Bewertung abgesehen werden. Die Adressenausfallrisiken sind implizit in den Marktpreisrisiken enthalten.

Risikogesamtposition

Die Risikogesamtposition der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit ergibt sich somit als Summe aus Marktpreis- und operationellen Risiken.

Der in absoluten Zahlen berechnete Value at Risk darf nicht den Wert übersteigen, der sich aus dem Betrag der Eigenmittel nach SolvV abzüglich 730 T€ (Mindestkapital nach § 33 KWG) und abzüglich der bereits für die übrigen Risikoarten allokierten Eigenmittel ergibt.

Nachfolgend haben wir die gemäß SolvV quantifizierten Risikowerte je Risikokategorie zuzüglich dem VaR-Wert für den Handelsbestand dargestellt:

	31.12.10	31.12.09
	TEUR	TEUR
Marktpreisrisiken		
Aktienrisiken	323	348
Zinsrisiken	1.569	2.308
Währungsrisiken	14	53
	1.906	2.709
VaR des Handelsbestands	148	289
Adressenausfallrisiken	99	123
Operationelles Risiko (Basisindikatoransatz)	1.013	1.043
Gesamtrisiko nach SolvV:	3.018	3.875
Gesamtrisiko (VAR + Adressenausfallrisiko, Op-Risiko nach SolvV)	1.260	1.455
Risikodeckungsmasse :	6.523	6.062
Auslastung der Risikodeckungsmasse nach SolvV:	46,3%	63,9%
Auslastung der Risikodeckungsmasse mit VaR:	19,3%	24,0%

III. Stresstesting

In Anlehnung an die Anforderungen des AT 4.3.2 der MaRisk berücksichtigt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank Stressszenarien im Zuge der Ermittlung der Risikotragfähigkeit dahingehend, dass die ermittelte Einzelrisikoposition jeweils um einen Stressfaktor je Szenario bei den Marktpreisrisiken ansteigen (derzeit 1,5 und 2). Die Risikotragfähigkeit ist somit solange gegeben, wie in keinem der Szenarien die Risikogesamtposition die allozierten Eigenmittel übersteigt.

Die in AT 4.3.3 geforderten inversen Stresstests, also die Ermittlung der Szenarien die zur Insolvenz eines Institutes führen, wurden seitens des Vorstands diskutiert. Der Vorstand hält eine solche Betrachtung aufgrund des Geschäftsmodells und dem sich daraus ergebenden Gesamtrisikoprofil für nicht relevant. Da SCHNIGGE risikobehaftete Aktiva nur sehr kurzfristig hält (im Schnitt 1-5 Tage) und die Gesamtpositionen im Wesentlichen im Intraday-Handel glattgestellt werden können, wäre der Fall eines Totalverlustes nur bei einem kompletten Versagen der Märkte theoretisch möglich. Eine solche Betrachtung erachtet der Vorstand als nicht aussagekräftig und daher irrelevant für SCHNIGGE. Ein Stresstesting für die bestehenden Handelsbestände wird über das System Bloomberg unter bestimmten Annahmen durchgeführt.

Der Vorstand bewertet die Liquiditätsrisiken, wie in Abschnitt 3. Wesentlichkeitsanalyse dargestellt, als nicht wesentlich. Demnach sieht SCHNIGGE auch davon ab, ein regelmäßiges

Stresstesting durchzuführen. Siehe hierzu auch vorherigen Abschnitt zu Inversen Stresstests.

Normalszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15%
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% Value at Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis

Stressszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Unverändert Basisindikatoransatz mit 15%
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% Value at Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis x 1,5

Worst Case Szenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Unverändert Basisindikatoransatz mit 15%
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9% Value at Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis x 2,0

VI. Eigenmittellallokation

Zur Herstellung einer angemessenen Eigenmittelsituation und damit der Risikotragfähigkeit hält der Vorstand die nachfolgend dargestellte Eigenmittelunterlegung je Szenario für die einzelnen Risikoarten für angebracht, wobei die Eigenmitteldefinition im Sinne von § 10 Abs. 2 KWG (haftendes Eigenkapital und Drittrangmittel) zu Grunde gelegt wird.

Risikoappetit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank definiert ihren Risikoappetit je Szenario in Relation zu den Gesamteigenmitteln über Prozentsätze. Folgende Werte wurden festgelegt:

- Normal 25%
- Stress 30%
- Worst Case 35%

Die Aufteilung des jeweiligen Risikoappetits je Risikokategorie wurde wie folgt definiert:

- 60 % sind für die operationellen Risiken vorgesehen
- 40 % sind für die Marktpreisrisiken (inkl. Adressenausfall) vorgesehen

Solange es nur bei der Einzelbetrachtung (Operationales Risiko / Marktpreisrisiko) zu Überschreitungen kommt, führt dies nicht zu einer Eskalationsstufe mit umzusetzenden Maßnahmen.

Gültigkeit Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung

Die Risikostrategie ist bis auf weiteres gültig. Anpassungen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands.

Bei unterjährigen Verlusten erfolgt erst bei Überschreitung eines Betrages von T€ 1.000 eine Anpassung der allokierten Beträge. Dies auch vor dem Hintergrund des als eher gering einzustufenden - nach dem Basisindikatoransatz ermittelten Betrages - des operationalen Risikos.

5. CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Die detaillierten Auswirkungen der vorgesehenen neuen „Spezialistentätigkeit“ der heutigen Skontroführung in Frankfurt ab Mai 2011 wie auch den hiermit zusammenhängenden Wegfall der Aufgabengeschäfte, welche wesentlich höhere Kapitalanforderungen an die Teilnehmer mit sich bringen wird, sind derzeit noch nicht abschließend einzuschätzen. Unser Haus war und ist in verschiedenen zukunftsorientierten Abstimmungsprozessen integriert und wird zum Start des neuen Handelsmodells als Spezialist aktiv werden.

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontroführer an den verschiedenen Handelsplätzen bzw. als zukünftiger „Spezialist“ an der Frankfurter Wertpapierbörse nachzuweisen.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch so jung, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Hinsichtlich der zu erwartenden Sonderumlagezahlungen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen wegen des Schadensfalles Phoenix bestehen weiterhin Unwägbarkeiten über den tatsächlichen Zeitpunkt und die Höhe künftiger Sonderbeiträge. Diese könnten mittelfristig auch höher als die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen von EUR 0,9 Mio. sein und damit das Ergebnis auch zukünftig belasten.

Nachdem im Rahmen einer Sonderprüfung des eingestellten Geschäftsbereiches „Gamma Trading“ in 2008 Versäumnisse des Vorstandes festgestellt worden sind, hat der Aufsichtsrat die seinerzeit amtierenden Vorstände wegen Verletzung ihrer Vorstandspflichten in Anspruch genommen. Gleichzeitig wurde die Inanspruchnahme in 2008 der von der Gesellschaft abgeschlossenen D&O Versicherung angezeigt. Der Vorgang konnte außergerichtlich nicht beigelegt werden, die Gesellschaft hat daraufhin Klage eingereicht. Eine Verhandlung wird erst im Jahr 2011 stattfinden.

Zweigniederlassung

Die Gesellschaft unterhält eine Zweigstelle in Frankfurt am Main.

6. AKTIENRECHTLICHE ANGABEN

a) Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder

Vergütung des Vorstandes

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Vorstand erhält darüber hinaus eine variable Vergütung (Tantieme), die vom Aufsichtsrat festgelegt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500, den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung. Auslagen werden gegen Nachweis erstattet.

b) Erklärung über die Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ist auf unserer Internetseite unter folgendem Link veröffentlicht: <http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

c) Angaben zur Kapitalstruktur - Übernahmerelevante Informationen

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital beträgt EUR 2.801.785,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.801.785 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 90,36 % der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über / Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die §§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der

Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2009) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden. Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechtes ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits aufgrund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen. Auch wurden den Mitgliedern des Vorstands und Arbeitnehmern keine Entschädigungen im Falle eines Übernahmeangebots zugestanden.

7. BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Die Augur Financial Opportunity SICAV hatte mit Vertrag vom 26. Mai 2008 zur Verbesserung der Eigenmittelsituation der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ein nachrangiges, den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechendes Darlehen über 1 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Kündigungsmöglichkeiten und der Regelungen in § 10 Abs. 5a KWG kann das Darlehen ab Mai 2011 nur noch zu zwei Fünfteln und somit TEUR 400 dem haftenden Eigenkapital angerechnet werden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat ihre Zustimmung zur vorzeitigen Rückführung dieses Nachrangdarlehens über 1 Mio. EUR unter nachstehender Auflage erteilt. Aus dem in 2010 erwirtschafteten Jahresergebnis wird ein Betrag von 1,25 Mio. EUR bis zumindest zum Ablauf der Ursprungslaufzeit des Nachrangdarlehens in den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 HGB eingestellt. Eine Dividendenzahlung für das Jahr 2010 darf erst nach Einstellung dieses Gesamtbetrages in den Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgen. In einer verpflichtenden Belassungserklärung vom Januar 2011 hat der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verbindlich erklärt, dass er, soweit aus Rechtsgründen eine Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zwingend erforderlich wird, keinen Vorschlag zur Ausschüttung als Dividende der aus der Auflösung des Fonds resultierenden Erträge in Höhe von 1,25 Mio. EUR an die Aktionäre der Hauptversammlung unterbreiten wird.

Die Belassungserklärung ist verbindlich bis zum ursprünglichen Ablauftermin des Nachrangdarlehens, das heißt bis zum 26. Mai 2013, abgegeben.

Diese Regelung der Rückführung des Gesellschafterdarlehens (Ergänzungskapital) in 2011 über die Thesaurierung von Erträgen in 2010 ist für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ein weiterer Schritt im Ausbau des zukünftig noch wichtiger werdenden Kernkapitals und erspart darüber hinaus auch die jährlichen Zinsen von TEUR 80 p.a. .

b) Mit dem Vertrag vom Oktober / November 2010 wurde die Beendigung der Preisfeststellung durch Skontroführer und der Übergang auf das Spezialistenmodell an der Frankfurter Wertpapierbörse durch die Deutsche Börse AG unter Mitwirkung aller Skontroführer ab Mai 2011 beschlossen. Im Spezialistenmodell übernehmen durch die Deutsche Börse AG beauftragte Unternehmen, wie zum Beispiel die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die Aufgabe eines Spezialisten. Im Gegensatz zum aufgehobenen Bescheid einer zeitlich bis zum 28. März 2012 befristeten Eigenschaft als Skontroführer für bestimmte Wertpapiere im regulierten Markt handelt es sich bei dem Spezialistenvertrag um eine zeitlich unbefristet übertragene Aufgabe. Diese Aufgabe kann unter bestimmten Voraussetzungen, frühestens jedoch zum 30. September 2012, mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende gekündigt werden. Der Verkauf von Rechten und Pflichten des Spezialisten an einzelnen oder aller übertragenen Wertpapiere ist mit vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die

Deutsche Börse AG möglich. Die monetären Auswirkungen der veränderten Entgeltvereinbarungen lassen sich heute noch nicht abschließend einschätzen.

8. AUSBLICK

Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres haben sich zunächst sehr positiv angelassen und zu einem Anstieg des DAX bis knapp an die Marke von 7450 Punkten geführt. Wie anfällig die Märkte jedoch sind, erkennt man in der Kursentwicklung des Monats März, die ausgehend zunächst von einer normalen Konsolidierung verstärkt durch die Auswirkungen des katastrophalen Erdbebens in Japan, zu einem Kursrutsch von 1000 Punkten im DAX geführt hat. Daher erwarten wir für das Gesamtjahr 2011 weiterhin ein volatiles Marktumfeld bei allerdings grundoptimistischer Einstellung. So gibt es beispielsweise weiter positive europäische wie auch globale wirtschaftliche Entwicklungen und Ankündigungen über ein Beibehalten der derzeitigen Niedrigzinspolitik. Andererseits dauert die Behebung der Verwerfungen im Finanzsektor noch länger an, ebenso werden uns die Schief-lagen einiger europäischer Länder noch geraume Zeit begleiten. Ob negative Faktoren wie ein mögliches Anziehen der Inflation weiterhin ausgeblendet werden oder aber im Laufe dieses Jahres wieder ins Blickfeld der Investoren geraten, ist derzeit noch absolut offen.

ERFOLGS- UND RISIKOFAKTOREN

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist im Wesentlichen im Handel von Wertpapieren tätig. Daher hängt auch die Ertragslage vor allem von der Verfassung der Wertpapiermärkte ab. Faktoren, die die Wertpapiermärkte beeinflussen sowie die jeweiligen Chancen und Risiken die auf die Ertragslage Auswirkungen haben können sind - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - nachstehend aufgeführt.

I) Kursentwicklung deutscher und internationaler Wertpapiermärkte

Neben den kursbeeinflussenden emittentenspezifischen Entwicklungen können externe Faktoren wie Zins - und/oder Währungs-entwicklungen auch die Wertpapiermärkte beeinflussen.

Die deutsche Wirtschaft ist sehr exportorientiert. Interne und externe Faktoren, die Auswirkungen auf die internationalen Währungsrelationen, insbesondere auf den Eurokurs haben, schlagen sich direkt und indirekt in den Unternehmensergebnissen nieder, was wiederum Auswirkungen auf die Börsenkurse sowie die Umsatztätigkeit an den Börsen hat. Ein gegenüber dem US Dollar steigender Euro ist grundsätzlich schlecht für die auf US-Dollarbasis fakturierende Exportwirtschaft und kann sich kursbelastend auswirken, ein gegenüber dem US Dollar fallender Euro dagegen erhöht prinzipiell die Einnahmen der US-Dollarbasis fakturierenden Exportindustrie. Ebenso spielt die Zinsentwicklung und die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft eine große Rolle. Je niedriger die Zinsen sind, umso attraktiver ist ein Investment in Aktien

so dass die Aktienkurse grundsätzlich in solchen Phasen steigen. Sollten dagegen die Zinsen steigen, wird die Anlage in schwankungsintensiveren und damit risikoreicheren Aktien unattraktiver und die Aktienmärkte könnten fallen. Darüber hinaus haben Liquiditätsabschöpfende Zinserhöhungen negativen Einfluss auf die zur Anlage in Aktien zur Verfügung stehende Geldmenge, wie die langjährige Korrelationsbetrachtung von Geldmenge zu Aktienkursentwicklung ergibt

Von uns eingeschätzte steigende Kurse gegenüber 2010 haben sich in der Vergangenheit als eine gute Basis für einen ertragreichen Handel gezeigt. Dies führt aber nicht automatisch zu höheren Ergebnissen, da immer entscheidend ist, ob wir aufgrund unserer Vielzahl an Wertpapierpositionen in der jeweiligen Phase der Bestandsführung – Long – bzw. Shortbestände - von steigenden oder fallenden Kursen profitieren.

Stagnierende Kursentwicklung führt in unserem Geschäftsmodell üblicherweise zu langsam zurückgehenden Erträgen, fallende Kurse dagegen belasten zumeist die Erträge bis hin zu Verlusten.

II) Umsatzhöhe des Wertpapierhandels vor allem an deutschen aber auch internationalen Börsen

Für die Vermittlung von Wertpapieren erhält die Gesellschaft eine Vermittlungsgebühr (Courtage oder ähnliche Vergütungen). Je höher die Umsatztätigkeit an den Börsen ist, umso höher ist voraussichtlich der Courtageertrag, sofern die Gesellschaft auch mit dem Handel der Wertpapiere beauftragt wurde. Umsatzrückgänge führen in der Regel zu Einschnitten bei den Courtageerträgen bis hin zu einem negativen Ergebnis aufgrund anfallender Transaktionskosten. Von uns eingeschätzte höhere Umsätze wiederum führen nicht zwangsläufig zu linear höheren Courtageprovisionen da der Wettbewerb in den letzten Jahren bereits zu immer geringeren Courtagesätzen geführt hat und die weitere Entwicklung diesbezüglich abzuwarten ist.

III) Direkte oder indirekte gesetzliche Einflussfaktoren wie die MiFID, die durch die Best-Ex-Policy der verschiedenen ordergebenden Banken orderleitenden Charakter hat und sich damit unmittelbar auf die Umsatztätigkeit an einzelnen Börsen auswirkt

Regulatorische Anforderungen können bei entsprechender Umsetzung dazu führen, dass Orderströme zu einzelnen Börsen hin und von anderen Börsen weg führen. Ergeben sich Umstände, die Orders an Börsen leiten lassen, an denen die Gesellschaft als Skontroführer / Spezialist tätig ist, so führt dies voraussichtlich zu höheren Einnahmen. Falls Orders durch solche Maßnahmen jedoch von Börsen abgezogen werden, an denen die Gesellschaft als Skontroführer / Spezialist tätig ist, so verringern sich dadurch die Einnahmen.

Auch können Anforderungen bzw. Beitragsbescheide der Einlagensicherung für den Entschädigungsfall „Phönix“ das Ergebnis be- oder entlasten.

IV) Systematische und regulatorische Änderungen des Börsenhandels, z.B. der Wechsel des Skontroführungsmodells zu einem Spezialistenmodell an der Frankfurter Wertpapierbörse oder aber auch Zusammenschlüssen/ Fusionen von Börsen

Änderungen in der Handelssystematik - z.B. durch Wegfall von Courtage, Einführung oder Verschärfung von Stillhalteverpflichtungen des Maklers/Spezialisten, Einführung neuer Systeme z.B. durch Fusion von Börsen - können positive wie negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben.

V) Art und Umfang der der Gesellschaft durch verschiedene Börsen zugeteilte Wertpapiere in der Skontroführung/ Spezialistenbetreuung

Die Börsen teilen in der Regel einem Skontroführer die zur Kursfeststellung überlassenen Wertpapiere zu. Hinsichtlich der Anzahl der zur Kursfeststellung beauftragten Papiere aber auch hinsichtlich der Umsatzqualität gibt es hierbei jedoch große Unterschiede. Verliert die Gesellschaft derzeitige wesentliche Umsatzträger, so hat dies negative Folgen für den Ertrag. Gewinnt die Gesellschaft dagegen neue umsatzträchtige Papiere, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, zusätzliche Erträge zu generieren.

VI) Art, Umfang und Tendenz der eigenen Positionsführung

Ein nicht unwesentlicher Teil der Erträge wird durch das Erwirtschaften von Kursdifferenzen erzielt. Hierbei werden Positionen z.B. im Rahmen der Skontroführung mit dem Ziel eingegangen, sie entweder höher zu verkaufen (Longpositionen) oder billiger einzudecken (Shortpositionen). Eine entgegen der Tendenz laufende Positionierung führt zu Verlusten, Positionen, die dem Trend korrekt folgen, erwirtschaften dagegen Gewinne. Keine Positionierung bedeuten weder Risiken aber auch keine Ertragschancen.

VII) Volatilität (Schwankungsstärke) der Kursentwicklung, ausgelöst durch nicht vorhersagbare Ereignisse/Krisen wie jüngst die Bankenkrise oder die Atomkatastrophe in Japan

Die Volatilität eines Marktes hat maßgeblichen Anteil am Ertrag - je schwankungsintensiver die Märkte sind, umso höher sind u.a. die Umsätze und es besteht eher die Wahrscheinlichkeit, in den zur Erzielung von Kursgewinnen gehaltenen Positionen Erträge zu erzielen. Je weniger Bewegung in den Märkten ist, umso niedriger werden die Umsätze und umso weniger besteht die Wahrscheinlichkeit in den gehaltenen Positionen Erträge erzielen zu können.

PROGNOSE

Vor dem Hintergrund der geschilderten Marktgegebenheiten gibt der Vorstand die folgende Prognose ab.

Unter der Erwartung einer fortgesetzten Niedrigzinspolitik, die auch leichte Zinserhöhungen verkraften könnte, einer auf dem aktuellen Niveau von ca. 1,40 USD/EUR gehaltenen Euro/Dollar Relation, einem weiteren Anstieg des DAX bis auf 8.000 Punkte, leicht verbesserter Umsatztätigkeit an den deutschen Börsen und bei den von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG betreuten

Titeln, einer gleichbleibenden Art und Anzahl von betreuten Wertpapieren, Wegfall der Courtage und Wechsel zum Spezialistenmodell an der Börse Frankfurt, gleichbleibender Positionsführung mit fortgesetzt gutem Treffen der Markttendenz, mittlerer Volatilität ohne externe Ereignisse wie Krisen, Naturkatastrophen etc., fortgesetzter Nutzung bestehender Handelssysteme, Verlust der Mifid-Best-Execution Voreinstellung verschiedener Banken für die an der Börse Düsseldorf betreuten Aktien sowie keiner zusätzlichen Belastung durch EDW Sonderumlagen, geht der Vorstand von einem positiven zu erwirtschafteten Ergebnis für das Geschäftsjahr 2011 analog dem des Jahres 2010 aus. Bei weiterhin gleich bleibenden Rahmenbedingungen glauben wir dies auch 2012 erwirtschaften zu können.

Für den Fall, dass einzelne oder alle Bestandteile der Annahmen nicht wie erwartet eintreten, kann das Ergebnis negativ von der Prognose abweichen.

In unserem Geschäftsmodell ist es schlichtweg nicht möglich, aufgrund der Annahme von einzelnen externen Faktoren, die zudem untereinander in Wechselwirkungen stehen, mathematisch ein belastbares Jahresergebnis zu prognostizieren.

10. SCHLUSSEKKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Düsseldorf, den 13. April 2011

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke





>> JAHRESABSCHLUSS 2010

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2010

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2010 BIS 31.12.2010

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2010

AKTIVA		Stand am 31.12.2010 EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
1.	Barreserve		
	Kassenbestand	359,67	501,99
2.	Forderungen an Kreditinstitute		
a)	täglich fällig	5.287.036,47	3.906.476,54
b)	andere Forderungen	0,00	0,00
		5.287.036,47	3.906.476,54
3.	Forderungen an Kunden	48.897,05	66.676,27
	darunter:		
	an Finanzdienstleistungsinstitute		
	EUR 2.559,54 (i. V. EUR 2.695,61)		
4.	Handelsbestand	7.272.383,83	4.482.159,21
5.	Treuhandvermögen	314.062,75	28.753,83
6.	Immaterielle Anlagewerte	853.813,00	1.157.264,00
7.	Sachanlagen	252.762,00	304.605,55
8.	Sonstige Vermögensgegenstände	80.422,92	96.284,16
9.	Rechnungsabgrenzungsposten	57.824,69	48.511,70

Summe der Aktiva

14.167.562,38

10.091.233,25

PASSIVA		Stand am 31.12.2010 EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	106.486,16	7.346,87
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 1.065,29 (i.V. EUR 1.042,64)	100.828,95	74.042,64
3.	Handelsbestand	2.976.865,90	602.587,81
4.	Treuhandverbindlichkeiten	314.062,75	28.753,83
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	373.709,11	392.339,35
6.	Rückstellungen		
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	193.213,00	120.773,00
b)	Steuerrückstellungen	55.111,33	177.625,00
c)	andere Rückstellungen	2.071.994,96	1.762.952,85
		2.320.319,29	2.061.350,85
7.	Nachrangige Verbindlichkeiten	1.000.000,00	1.000.000,00
8.	Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.705.000,00	360.000,00
9.	Eigenkapital		
a)	gezeichnetes Kapital	2.801.785,00	2.801.785,00
b)	Kapitalrücklage	2.121.072,00	2.121.072,00
c)	Gewinnrücklage		
	ca) gesetzliche Rücklage	66.328,91	66.328,91
	cb) andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00
d)	Bilanzgewinn	281.104,31	575.625,99
		5.270.290,22	5.564.811,90
Summe der Passiva		14.167.562,38	10.091.233,25

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2010 BIS 31.12.2010

	2010 EUR	2009 EUR
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.408,00	22.173,57
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	33.582,85
	1.408,00	55.756,42
2. Zinsaufwendungen	91.004,76	121.868,84
	-89.596,76	-66.112,42
3. Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festver- zinslichen Wertpapieren	73.205,00	146.799,64
4. Provisionserträge	3.615.069,52	4.049.879,49
davon		
Courtageerträge EUR 2.904.778,06 (i.V. TEUR 3.373)		
5. Provisionsaufwendungen	506.217,54	429.862,21
davon	3.108.851,98	3.620.017,28
Courtageaufwendungen EUR 200.566,44 (i.V. TEUR 231)		
6. Nettoertrag des Handelsbestands		
a) Ertrag des Handelsbestands		
davon:		
aa) Wertpapiere	5.660.556,79	7.906.065,07
ab) Futures	395.214,34	889,02
ac) Optionen	0,00	688,78
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäfte	13.786.688,03	14.265.896,51
	19.842.459,16	22.173.539,38
b) Aufwand des Handelsbestands		
davon:		
ba) Wertpapiere	6.475.225,07	7.897.855,70
bb) Futures	412.755,95	2.537,00
bc) Optionen	646,00	270,01
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäfte	8.115.034,87	10.793.135,59
	15.003.661,89	18.693.798,30
7. Sonstige betriebliche Erträge	188.945,50	242.379,33
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	2.978.324,44	2.844.640,40
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	352.638,25	336.946,98
darunter:		
für Altersversorgung		
EUR 13.073,00 (i. V. EUR 6.166,00)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	2.533.698,83	2.534.709,10
	5.864.661,52	5.716.296,48
Zwischensumme	2.255.541,47	1.706.528,43

	2010 EUR	2009 EUR
Übertrag	2.255.541,47	1.706.528,43
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	457.544,05	655.064,57
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.807,05	17.252,68
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Zuführung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft	64.968,62	196.620,00
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	1,00
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	48.120,00	0,00
14. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.345.000,00	360.000,00
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	398.341,75	477.590,18
16. Außerordentliche Aufwendungen	59.553,00	0,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (i.Vj. Erstattete Steuern vom Einkommen und Ertrag)	71.021,43	-25.881,25
18. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 10 ausgewiesen	1.932,00	654,82
19. Jahresüberschuss	265.835,32	502.816,61
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr (i. V. Verlustvortrag aus dem Vorjahr)	15.268,99	-187.440,00
21. Entnahmen aus Gewinnrücklagen a) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00	260.249,38
22. Bilanzgewinn	281.104,31	575.625,99

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

A ALLGEMEINE ANGABEN UND BILANZIERUNGSÄNDERUNGEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Im Jahresabschluss 2010 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank wurde erstmalig das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angewandt, soweit einzelne seiner Vorschriften nicht bereits früher anzuwenden waren.

Die erstmalige Anwendung der geänderten Vorschriften, die durch BilMoG eingeführt wurden, stellt keine Durchbrechung des Grundsatzes der Bewertungs- und Darstellungsstetigkeit dar. Es handelt sich um einen sachlich begründeten Ausnahmefall, der eine Abweichung vom Stetigkeitsgrundsatz erfordert.

Nach dem BilMoG verändert sich der neben dem Umfang der dem Handelbestand zuzuordnenden Finanzinstrumente insbesondere deren Ausweis. Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die wesentlichen Änderungen dar.

Aktiva in Tsd. €	Vor BilMoG zum 31.12.2009	Umgliederung	Nach BilMoG zum 01.01.2010
Barreserve	0		0
Forderungen an Kreditinstitute	3.906		3.906
Forderungen an Kunden	67		67
Schuldverschreibungen	311	-311	0
Aktien und andere nicht	4.171	-4.171	0
Handelsbestand		4.482	4.482
Treuhandvermögen	29		29
Immaterielle Anlagewerte	1.157		1.157
Sachanlagen	305		305
Sonstige Vermögensgegenstände	96	0	96
Rechnungsabgrenzungsposten	49		49
Summe der Aktiva	10.091	0	10.091
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	610	-603	7
Handelspassiva	0	603	603
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74		74
Treuhandverbindlichkeiten	29		29
Sonstige Verbindlichkeiten	392		392
Rückstellungen	2.061	0	2.061
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.000		1.000
Fonds für allgemeine Bankrisiken	360		360
Eigenkapital	5.565		5.565
Summe der Passiva	10.091	0	10.091

Die Saldierung von Planvermögen sowie Pensionsrückstellungen ist durch die Einführung von BilMoG nun gesetzlich vorgeschrieben, so dass bestehende Rückdeckungsversicherungen mit Pensionsrückstellungen aufgerechnet wurden.

B BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

1. ALLGEMEINES

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2010 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten

Wertpapiergeschäften sowie Eigenhandelszwecken getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 256a HGB.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Euro teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** und **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und gemäß § 340e (3) HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert.

Die Bewertung des Handelsbestands erfolgt nach den folgenden Grundsätzen:

Besteht für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, so entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich ein Marktpreis ermitteln lässt, wird der beizulegende Zeitwert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder nach § 255 Abs. 4 Satz 1 HGB (Marktwert auf einem aktiven Markt) noch nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB (Anwendung einer allgemein anerkannten Bewertungsmethode bei nicht aktivem Markt) ermitteln, werden die Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 4 HGB fortgeführt (§ 255 Abs. 4 Satz 3 HGB). Dabei gilt der zuletzt anhand eines Marktwerts auf einem aktiven Markt oder anhand eines allgemein anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelte beizulegende Zeitwert als Anschaffungskosten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Das erworbene Recht auf Skontroführung für Titel des regulierten Marktes wird linear über eine Laufzeit von vier Jahren abgeschrieben. Das erworbene Recht auf Skontroführung im Freiverkehr unterliegt einer linearen Abschreibung von zehn Jahren. Im Übrigen erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

In den Wirtschaftsjahren 2008 und 2009 wurden geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser wird im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst.

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde von dem durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz eingeführtem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag nach Bestimmungen des §253 Abs. 1 und 2 HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes unter Berücksichtigung eines Abzinsungssatzes von 5,15 %

angesetzt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck und die Projected Unit Credit Method (PUC).

Der Rententrend wurde mit 2,0% p.a. berücksichtigt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurde kein Gehaltstrend angesetzt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden für ungewisse Verbindlichkeiten sowie in Form einer Aufwandsrückstellung für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, für den Entschädigungsfall Phönix gebildet. Dabei wurden die für Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind mit dem vorsichtig geschätzten Erfüllungsbetrag bewertet.

In der Bilanz ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB dem Sonderposten „**Fonds für allgemeine Bankrisiken**“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dotiert und dort gesondert auszuweisen. Dieser Posten darf nur aufgelöst werden zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands oder soweit er 50 vom Hundert des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt. Der Ausweis der Dotierung des Postens erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

2. ENTSPRECHENSERKLÄRUNG GEMÄSS § 161 AKTG UND § 285 NR. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2010 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft unter folgendem Link veröffentlicht:

www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html

C ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Bilanz

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Fremdwährung

Zum Bilanzstichtag betrug der Währungsbestand in US Dollar TEUR 79.

3. Handelsbestand

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

Handelsbestand (Aktiva)	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.327	1.327	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.945	5.885	60
	7.272	7.212	60

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 117.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten einen Teilbetrag von TEUR 29, der innerhalb der auf den Bilanzstichtag folgenden 12 Monate fällig wird.

Handelsbestand (Passiva)	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Lieferverpflichtungen:			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	81	81	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.896	2.896	0
	2.977	2.977	0

Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Auf das gesamte Netto-Portfolio wurde ein Risikoabschlag (Value-at-Risk) ermittelt und bilanziert.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ermittelt den Value-at-Risk des Portfolios mit einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Der Beobachtungszeitraum beträgt 3 Jahre.

Der Risikoabschlag zum 31.12.2010 beträgt TEUR 148.

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Stand am 1.1. 2010 TEUR	Zu- gänge TEUR	Ab- gänge TEUR	Stand am 31.12. 2010 TEUR	2010 TEUR	kumu- liert TEUR	Stand am 31.12. 2010 TEUR
Immaterielle Anlagewerte	1.924	3	0	1.927	306	1.073	854
Sachanlagen	1.957	103	621	1.439	152	1.186	253
	3.881	106	621	3.366	458	2.259	1.107

Die Gesellschaft besitzt keine eigenen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 249 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

Desweiteren besteht ein Treuhandkonto für das Corporate Finance Geschäft, auf das Kunden im Rahmen von Corporate Finance Geschäften eingezahlt haben. Die eingezahlten Gelder werden nach Abschluss der Transaktionen an die Emittenten ausgezahlt.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 80 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 72 Forderungen gegen einen Mitarbeiter.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 374 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 274 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, davon TEUR 14 Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen, sowie mit TEUR 70 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuern.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 2.072 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 885 auf Beiträge (davon TEUR 880 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 740 auf Boni und Tantiemen, mit TEUR 90 auf Jahresabschluss und sonstige Prüfungskosten sowie mit TEUR 59 auf Dienstleistungs- und Rechtsanwaltskosten.

9. Nachrangige Verbindlichkeiten

In dem Darlehensvertrag vom 26. Mai 2008 mit der Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg, wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.000 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht. Das Nachrangdarlehen wird mit 8,0 % p. a. verzinst.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Aufwendungen für das nachrangige Darlehen in Höhe von TEUR 80 sind als Zinsaufwendungen verbucht.

Die Augur Financial Opportunity SICAV tritt mit ihrer Forderung auf Rückzahlung des Darlehens hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die keinen Rangrücktritt erklärt haben („Vorrangforderungen“), in dem Umfang und so lange zurück, wie es zur Vermeidung einer Überschuldung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erforderlich ist. Demgemäß kann die Augur Financial Opportunity SICAV die Begleichung der Forderung nur insoweit verlangen, wie entweder sämtliche Vorrangforderungen vollständig beglichen sind oder aber das nach Rückzahlung der Forderung verbleibende freie Vermögen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Begleichung sämtlicher Vorrangforderungen ausreicht.

Soweit der Rangrücktritt reicht, ist die Forderung der Augur Financial Opportunity SICAV auf dem Rang des § 39 Absatz 2 InsO beschränkt.

Das Darlehen wird der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Vollauszahlung des Darlehens zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums kann sowohl die Augur Financial Opportunity SICAV, als auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG das Darlehen jeweils ganz oder teilweise mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderquartals ordentlich kündigen.

Die Aufrechnung des Darlehens gegen Forderungen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr 2010 wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken insgesamt TEUR 1.345 zugeführt. Darin ist ein Zuführungsbetrag nach § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von TEUR 484 enthalten.

11. Eigenkapital

Grundkapital

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert gegenüber dem Vorjahr 2.121.072,00 EURO.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt unverändert gegenüber dem Vorjahr 66.328,91 EURO.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Der Vorstand wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionscheinen verbriefenen Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen). Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d.h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen

sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

12. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Im Geschäftsjahr 2010 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 31. Dezember 2010 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 90,36 %.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 64 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie mit TEUR 44 Kostenerstattungen.

2. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 67 periodenfremde Erträge. Sie betreffen mit TEUR 64 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie TEUR 3 aus Gebührenerstattungen.

Unter den erstatteten und gezahlten Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 3 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 1 enthalten.

3. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare* für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	55
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	12
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR	0
d) Sonstige Leistungen	TEUR	0

Folgende Honorare* nach § 285 Nr. 17 HGB sind für den Abschlussprüfer des Vorjahres im Geschäftsjahr 2010 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	3
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	2
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR	0
d) Sonstige Leistungen	TEUR	14

* zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer

4. Außerordentlicher Aufwand

Der Außerordentliche Aufwand enthält die durch BilMoG induzierten Umstellungseffekte der Pensionsrückstellungen per 01.01.2010. Von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB den Aufwand auf bis zu 15 Jahre zu verteilen, wurde nicht Gebrauch gemacht. Die

auf Grund der geänderten Bewertung vorzunehmenden Zuführungen zu den Rückstellungen sind in voller Höhe vorgenommen worden.

5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wurden zum überwiegenden Teil durch das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beeinflusst.

6. Latente Steuern

Unter Berücksichtigung aller Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz sowie steuerlicher Verlustvorträge und der Gegenüberstellung der daraus resultierenden aktiven und passiven latenten Steuern besteht ein aktiver Überhang. Von einer Aktivierung des aktiven latenten Steuerüberhangs wurde aufgrund eines bestehenden Wahlrechts abgesehen.

D SONSTIGE ANGABEN

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.000 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 574. Sie gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Laufzeit bis 1 Jahr	TEUR	26
Laufzeit über 1 bis 5 Jahre	TEUR	548
Gesamt	TEUR	574

3. Eigenkapitalspiegel

In EUR	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	gesetzliche Gewinnrücklage	Bilanzgewinn	Eigenkapital
31.12.2009	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	575.625,99	5.564.811,90
Ausschüttung in 2010				-560.357,00	-560.357,00
Gewinnvortrag				-15.268,99	-15.268,99
Bilanzgewinn 2010				281.104,31	281.104,31
31.12.2010	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	281.104,31	5.270.290,22

4. Kapitalflussrechnung

Finanzmittelfonds am 31.12.2009	501,99	am 31.12.2008	158,20
1.) Jahresüberschuss	265.835,32		502.816,61
2.) +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	457.544,05		655.065,57
3.) +/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	258.968,44		330.938,27
4.) -/+ Gewinn/Verlust aus Abgang Anlagevermögen	3.812,05		3.428,44
5.) -/+ Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kreditinstitute	-1.380.559,93		-3.745.210,48
6.) -/+ Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kunden	17.779,22		-53.956,98
7.) -/+ Zunahme/Abnahme Forderungen Wertpapiere	-2.790.224,62		11.293.262,13
8.) -/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	6.548,25		71.265,05
9.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	99.139,29		-9.368.471,40
10.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.786,31		74.042,64
11.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten Wertpapiere	2.374.278,09		602.587,81
12.) +/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	1.326.369,76		-206.360,30
13.) Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	666.276,23		159.407,36
14.) + Einzahlungen aus Abgang Sachanlagen	100,50		7.430,00
15.) - Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-102.952,27		-157.814,91
16.) - Auszahlungen für Investitionen in immaterielles Anlagevermögen	-3.209,78		-8.678,66
17.) Cashflow aus Investitionstätigkeit	-106.061,55		-159.063,57
18.) - Dividendenzahlungen an Gesellschafter	-560.357,00		0,00
19.) Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-560.357,00		0,00
Veränderung des Finanzmittelfonds (Nr. 13. + Nr. 17. + Nr. 19.)	-142,32		343,79
Finanzmittelfonds am 31.12.2010	359,67	am 31.12.2009	501,99

5. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

6. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), GB-Richmond, Surrey

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding I S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding IV S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg

Mitglied des Beirates

- Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
- EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg/Luxemburg

- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- ACM AG, Aachen
- ComS.I.T. AG, Zolling
- Incam AG, Meerbusch

Mitglied des Aufsichtsrates

- KEP AG, Bad Soden

Beirat

- Victoria Beratungs GmbH, Frankfurt/M.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Bankkaufmann, Krefeld (Vorsitzender)

Martin Liedtke, Bankkaufmann/-betriebswirt, Rosbach

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrugen im Geschäftsjahr 2010 TEUR 24. Weiterhin wurden den Aufsichtsratsmitglieder Auslagen in Höhe von TEUR 1 erstattet.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010 betrugen TEUR 639, davon entfielen auf Herrn Florian Weber TEUR 339 (davon TEUR 273 erfolgsunabhängige und TEUR 66 erfolgsabhängige Komponenten) und Herrn Martin Liedtke TEUR 300 (davon TEUR 234 erfolgsunabhängige Bezüge und TEUR 66 erfolgsabhängige Komponenten).

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

7. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein verbundenes Unternehmen innerhalb der Augur Capital-Gruppe. Die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg ist in Luxemburg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss befreit.

8. Mitarbeiter

In 2010 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG - inklusive Vorstand - durchschnittlich 27 Mitarbeiter beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	21
Angestellte Verwaltung	4
	27
* davon	
Mitarbeiter/In in Teilzeit	1

Am Bilanzstichtag waren 28 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	22
Angestellte Verwaltung	4
	28
* davon	
Mitarbeiter/In in Teilzeit	2

9. Bilanzergebnis und Ergebnisverwendung

Das Bilanzergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1.1.2010 (Bilanzgewinn)	EUR 575.625,99
Dividendenausschüttung 2010	EUR -560.357,00
Jahresüberschuss 2010	EUR 265.835,32
Stand am 31.12.2010 (Bilanzgewinn)	EUR 281.104,31

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung folgende Verwendung des Bilanzgewinns vor:

1.) EUR 0,10 Dividende je gewinnberechtigter Stückaktie	EUR 280.178,50
2.) Gewinnvortrag	925,81
Bilanzgewinn per 31.12.2010	EUR 281.104,31

Düsseldorf, 13. April 2011

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke



>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. April 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nishimura
Wirtschaftsprüfer

Saschek
Wirtschaftsprüfer



>> CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Der Deutsche Corporate Governance Kodex bildet die Grundlage der wichtigen gesetzlichen Vorgaben zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält Richtlinien guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Grundlage der Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind eben diese Standards, um das Vertrauen der Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden durch nachvollziehbare, transparente Aktivitäten und eine ordnungsgemäße Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Vorstand berichtet nachfolgend – auch für den Aufsichtsrat – über die Corporate Governance der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Dieser Bericht enthält die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB sowie den Vergütungsbericht nach Ziffern 4.2.5 und 5.4.6 Deutsche Corporate Governance Kodex zur Vergütungsstruktur des Unternehmens für Vorstand, Aufsichtsrat und Mitarbeiter.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289a HGB) beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken und die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfolgt dabei das Ziel, die Darstellung der Unternehmensführung übersichtlich und prägnant zu halten.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX IN DER FASSUNG VOM 26. MAI 2010

(http://www.schnigge.de/investor-relations/corporate_governance.html)

Aufsichtsrat und Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG, den Empfehlungen des "Deutschen Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Auf die Bereitstellung von Unterlagen zur Briefwahl wird verzichtet. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass eine Bereitstellung aller für die Hauptversammlung erforderlichen Unterlagen auf der Internetseite der Gesellschaft, ausreichend ist und auf Grund der Aktionärsstruktur auf die Erstellung von separaten Briefwahldokumenten verzichtet werden kann (Kodex Ziff. 2.3.1/2.3.3).
2. Für den Aufsichtsrat wurde vor dem 05.08.2009 (Inkrafttreten des VorstAG) (Kodex Ziff. 3.8) eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Diese beinhaltet für die Mitglieder des Aufsichtsrates keinen Selbstbehalt, da die Gesellschaft einen Selbstbehalt für Aufsichtsratsmitglieder insbesondere vor dem Hintergrund der Höhe der Aufsichtsratsvergütungen nicht für sachgerecht hält (Kodex Ziff. 3.8).

3. Eine Altersgrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex Ziff. 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der jeweiligen Bestellung berücksichtigt. Die grundsätzliche Festlegung einer bestimmten Altersgrenze wird seitens Aufsichtsrat und Vorstand nicht für sachgerecht erachtet.
4. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziff. 5.3.1).
5. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziff. 5.4.6). Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

Düsseldorf, im Dezember 2010

Der Aufsichtsrat und der Vorstand

ANGABEN ZU ANGEWANDTEN UNTERNEHMENSFÜHRUNGSPRAKTIKEN

Vorstand und Aufsichtsrat sowie alle Mitarbeiter der Gesellschaft räumen der Corporate Governance einen hohen Stellenwert ein. Vor allem der Verpflichtung zur verantwortungsbewussten und langfristig ausgerichteten Unternehmensführung fühlen sich Vorstand und Aufsichtsrat verbunden. Der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken durch Sicherstellung eines angemessenen Risikomanagements und Risikocontrollings sowie die Einhaltung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nach Maßgabe der jährlichen Erklärungen gehören für den Vorstand zum Selbstverständnis seiner Tätigkeit. Unternehmensinterne Strukturen und Kontrollmechanismen werden laufend überprüft und möglichen Veränderungen angepasst.

ARBEITSWEISE DES VORSTANDS UND AUFSICHTSRATS

Wie im deutschen Aktiengesetz vorgeschrieben, besteht die duale Führungsstruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als börsennotierter Aktiengesellschaft aus Vorstand und Aufsichtsrat. Durch die personelle Trennung beider Organe können Vorstand und Aufsichtsrat ihren jeweiligen Tätigkeiten unabhängig voneinander nachkommen. Dem Vorstand obliegt die Steuerung der Gesellschaft, dem Aufsichtsrat die Überwachung des Vorstands.

Der Vorstandsvorsitzende Herr Florian Weber führt als Handelsvorstand im Wesentlichen das operative Geschäft; auch der Finanzvorstand Herr Martin Liedtke ist eng in die operativen Aktivitäten eingebunden und führt ebenfalls einen operativen Geschäftsbereich. Insbesondere obliegt dem Finanzvorstand jedoch neben Controlling und Rechnungslegung die Überwachung und Kontrolle der Abwicklung der Geschäftsabläufe.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands. Satzungsmäßig besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern, darüber hinaus wird die Zahl seiner Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Aufsichtsrat entscheidet, ob es einen Vorsitzenden geben soll, benennt diesen und beschließt, ob stellvertretende Mitglieder oder ein stellvertretender Vorsitzender bestellt werden sollen. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte sowie einen Geschäftsverteilungsplan enthält. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats entscheidet, ob die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilnehmen sollen. Schließlich gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

Ein aus zwei Mitgliedern bestehender Vorstand hat sich bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bewährt: ein Vorsitzender und ein Finanzvorstand. Die Geschäftsverteilung zwischen beiden Mitgliedern ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil, berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Die Beschlussanträge werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zwei Wochen vor der Sitzung

schriftlich mitgeteilt, eine ausführliche schriftliche Unterlage erhält der Aufsichtsrat eine Woche vor seiner Sitzung.

Von der Möglichkeit, Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird verhältnismäßig selten und nur in Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erläutert jedes Jahr die Tätigkeit des Aufsichtsrats in seinem Bericht an die Aktionäre und in der Hauptversammlung. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand bzw. tauscht sich über sonstige Kommunikationsmittel aus und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Aufsichtsratsvorsitzende mündlich und zeitnah schriftlich über aktuelle Entwicklungen. Ausschüsse zu einzelnen Themenbereichen werden auf Grund der Unternehmensgröße nicht gebildet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

- Günther P. Skrzypek, Richmond/Surrey/GB (Vorsitzender)
- Dr. Thomas Schmitt, Königstein (stv. Vorsitzender)
- Dr. Jürgen Frodermann, Düsseldorf (gerichtlich bestellt zum 1.1.2010, durch HV Beschluss vom 22.6.2010 bestätigt)

AKTIONÄRE UND HAUPTVERSAMMLUNG

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Alle zur Entscheidungsbildung benötigten Unterlagen stehen den Aktionären rechtzeitig auch auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Verfügung gestellten Stimmrechtsvertreter ausüben und ihnen Weisungen erteilen. Im Anschluss an die Hauptversammlung werden den Aktionären sowohl die Rede des Vorstandsvorsitzenden als auch alle Abstimmungsergebnisse auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

ZUSAMMENWIRKEN UND ZUSAMMENSETZUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG arbeiten eng zusammen. Sowohl in der Erklärung des Vorstands zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB, die den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft zusammen mit diesem Corporate Governance Bericht zur Verfügung steht, sowie im Aufsichtsratsbericht, der ebenfalls Bestandteil des Geschäftsberichtes ist (s. Seite 41), sind sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat näher auf die Praxis der Zusammenarbeit eingegangen.

Der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG besteht unverändert aus den beiden Mitgliedern Florian Weber (Vorsitzender des Vorstands) und Martin Liedtke (CFO, COO). Während Florian Weber für die Bereiche Handel, Sales, Public und Investor Relations, Endkundengeschäft sowie Marketing verantwortlich

zeichnet, ist Martin Liedtke für Finanzen, Organisation, Abwicklung und Risikokontrolle, Corporate Finance sowie Personal zuständig. Die Vorstandsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Mögliche Interessenkonflikte sind unverzüglich dem Aufsichtsrat mitzuteilen, dieses war im vergangenen Berichtsjahr nicht nötig.

Dem Aufsichtsrat gehören gemäß Satzung drei Mitglieder an. Nach eigener Einschätzung gehört dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern an. Über etwaige Interessenkonflikte berichtet der Aufsichtsrat der Hauptversammlung. Hierzu ist es im Geschäftsjahr 2010 nicht gekommen.

TRANSPARENZ

Der Anspruch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG an eine transparente Kommunikation beinhaltet bereits seit Jahren die unverzügliche Veröffentlichung aller relevanten Informationen auf der Internetseite des Unternehmens unter www.schnigge.de. Darunter fallen neben sämtlichen Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen auch die Finanzberichte und Unternehmenspräsentationen. Der Finanzkalender informiert über die regelmäßigen Veröffentlichungstermine sowie über anstehende Kapitalmarktevents. Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind unter anderem die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von SCHNIGGE-Aktien offenzulegen. SCHNIGGE veröffentlicht diese Directors' Dealings unverzüglich auf der Unternehmenshomepage unter der Rubrik Investor Relations/Corporate Governance. Zurzeit besitzt kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Ebenfalls ist die Gesellschaft verpflichtet, Aktienoptionsprogramme detailliert darzulegen. Bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG existieren zurzeit keine Bonusprogramme dieser Art.

Die Vergütungsstrukturen des Vorstands und des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft in einem separaten Vergütungsbericht näher erläutert. Dieser ist nachfolgend als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes zu finden.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss sowie der Abschluss zum 30.6. werden auf Grundlage des HGB erstellt. Der Abschluss des Gesamtjahres wird vom Vorstand aufgestellt und vom Wirtschaftsprüfer geprüft, sowie vom Aufsichtsrat festgestellt und gebilligt. Der Aufsichtsrat schlägt den Abschlussprüfer vor, der von der Hauptversammlung gewählt wird. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 wurde die KPMG Deutsche Treuhand Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von der Hauptversammlung gewählt. Zuvor erklärte der Wirtschaftsprüfer vor dem Aufsichtsrat seine Unabhängigkeit. Der Aufsichtsrat erteilte den Prüfungsauftrag und legte die Prüfungsschwerpunkte und das Prüfungshonorar fest.

VERGÜTUNGSBERICHT

Stand: April 2011

Der Vergütungsbericht gibt einen Überblick über die Strukturen der Vorstands-, Aufsichtsrats- und Mitarbeitervergütung.

Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat berät im Plenum über Vorschläge zur Vergütung des Vorstands, zum Vergütungssystem und zu dessen regelmäßiger Überprüfung sowie über den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden neben der wirtschaftlichen Situation der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG auch die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und der persönliche Beitrag am Erfolg der Gesellschaft. Daher setzt sich die Vergütung aus 3 Bestandteilen zusammen: Ein fixes Jahresgehalt, welches monatlich gezahlt wird und regelmäßig vom Aufsichtsrat auf seine Angemessenheit überprüft wird.

Die ergebnisabhängige Tantieme, die als fester Prozentsatz des Jahreserfolges bestimmt ist. Die Nachhaltigkeit wird durch eine jährliche Teilauszahlung in Höhe von 60% der Tantieme aus dem Bonuspool gewährleistet. Die verbleibenden 40% werden in dem bestehenden Bonuspool vorgetragen. Bei einem negativen Jahreserfolg reduziert sich der Bonuspool entsprechend. Sonstige Vergütungsbestandteile bestehen in der Bereitstellung eines Firmenwagens der oberen Mittelklasse, der auch privat genutzt werden kann (bei Nichtnutzung eines PKW erfolgt ein adäquater finanzieller Ausgleich), sowie der Bereitstellung eines Telefons inklusive Internetzugang, welches ebenfalls privat genutzt werden kann. Pensionszusagen für Vorstandsmitglieder existieren nicht. Vorstandsmitglieder erhalten keine Kredite. Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen vom 31. Juli 2009 sind die Dienstverträge der beiden Vorstandsmitglieder neu gefasst und angepasst worden. Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt. Im Falle einer Übernahme bestehen keine sogenannten „Change of Control“-Klauseln.

Gesamtbezüge des Vorstands

in TEUR	Gehalt	Jahresbonus	Sonstiges	Gesamt
2009	504	60*	12	576
2010	494	132*	13	639

*Es handelt sich hierbei nicht um Auszahlungs- sondern Aufwandsbeträge

Vergütung der Mitarbeiter

Die Mitarbeiter der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erhalten eine fixe Vergütung, die monatlich gezahlt wird. Zusätzlich gewährt das Unternehmen den Mitarbeitern eine leistungsbezogene variable Vergütung. Durch die variable Vergütung schafft die Gesellschaft Anreize zur gemeinsamen Erreichung der gesetzten Unternehmensziele. In 2010 wurden feste Bezüge in Höhe von 1,69 Mio. Euro, sowie variable Vergütungen in Höhe von 660 TEUR gezahlt. Die ausgezahlten variablen Vergütungen verteilen sich auf 26 begünstigte Mitarbeiter.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütung wird gemäß § 8 Abs. 6 der Satzung von der Hauptversammlung festgelegt. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 8. Februar 2005 wurde der Verwaltungsvorschlag, die Vergütung des Aufsichtsrats auf fixe Sitzungsgelder festzulegen, angenommen. Vorstand und Aufsichtsrat sind der Auffassung, dass ein erfolgsunabhängiges Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats zu gewährleisten. Die Vergütungen werden pro Sitzung berechnet und einmal jährlich gezahlt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält 1.500,00 Euro, der stellvertretende Vorsitzende 1.125,00 Euro und alle anderen Mitglieder erhalten 750,00 Euro.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

in TEUR	Feste Vergütung gesamt
2009	24
2010	24

Sämtliche Auslagen, die im Zusammenhang mit der Aufsichtsratsstätigkeit anfallen, sowie die auf die Bezüge anfallende Umsatzsteuer werden den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten ebenfalls keine Kredite.



>> BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung, Deutschen Corporate Governance Kodex und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Neben regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen, hat er sich vom Vorstand laufend über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen berichten lassen und die Arbeit des Vorstands überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hie-
rüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. Zustimmungspflichtige Geschäfte wurden vom Vorstand ausführlich und vollständig vorgestellt und der Aufsichtsrat hat diese nach eingehender Beratung und Prüfung freigegeben. In Entscheidungsprozessen von wesentlicher Bedeutung für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war der Aufsichtsrat stets eingebunden. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Geschäftsausrichtung mit dem strategischen Ziel, zusätzliche Erträge auch unabhängig von den Courtageerlösen zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Intensiv wurde der Wegfall der Skontoren an der Deutschen Börse in Frankfurt und die Konsequenzen für die Gesellschaft besprochen. Fortlaufend unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat zudem über die finanzielle Entwicklung sowie zur Risikosituation des Unternehmens. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung sowie die Entwicklung der Geschäftsbereiche im Einzelnen.

Im Berichtsjahr haben sechs Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkt der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildete die Stärkung und Stabilisierung der bestehenden Geschäftsfelder sowie die Erschließung neuer Ertragsquellen für das Unternehmen in vom Kerngeschäft unabhängigen Bereichen. Insbesondere im Bereich Corporate Finance konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr erste Erfolge erzielt werden. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den einzelnen Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren.

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2010 einschließlich des Lageberichtes der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung der Buchführung durch die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2010 einschließlich des Lageberichtes sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in der Sitzung vom heutigen Tage der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso zur Zufriedenheit beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk lautet im Wortlaut:

„Einwendungen im Sinne von § 313 Abs. 4 AktG sind nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gegen den Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht zu erheben. Wir erteilen daher dem Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2010 gemäß Anlage 1 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 313 Abs. 3 AktG:

Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer bestehen seitens des Aufsichtsrats ebenfalls keinerlei Einlassungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2010 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes an, aus dem Bilanzgewinn eine Bardividende in Höhe von 0,10 Euro je Aktie auszuschütten (280.178,50 Euro), sowie 925,81 Euro als Gewinnvortrag auf neue Rechnung auszuweisen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 30. April 2011
Günther P. Skrzypek
Vorsitzender des Aufsichtsrats

>> INVESTOR RELATIONS

Ansprechpartner

Florian Weber
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861 - 0
Fax ++49 (0) 211 13861 - 49

E-Mail contact@schnigge.de

Termine

22.6.2011 Hauptversammlung im Industrie-Club e. V., Düsseldorf

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenberichte
- Ad-hoc- und Pressemeldungen





SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de